

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dritteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.

Telegraphisch:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Mittwoch, den 11. September 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Der Zar auf Reisen.

Am Mittwoch wird der deutsche Kaiser vor Danzig auf hoher
See den Zaren begrüßen. Der Zar wird mehrere Tage der Gast
des Kaisers sein und den Flottenmanövern beiwohnen.

Kuch in Deutschland wird versucht, Stimmung für den See-
besuch des russischen Herrschers zu erzeugen. Wie bei derartigen
Anlässen üblich, verkünden wohlgesinnte Blätter die Tragweite
des Besuchs und feiern die bedeutungsvolle Erneuerung der
russisch-deutschen Beziehungen.

Der Grundgedanke dieser in unseren politischen Kreisen
mit freudiger Begeisterung aufgenommenen Zusammenkunft ist
der verwandtschaftlichen Jüngerung zwischen den
Oberhäuptern des deutschen und des russischen Reichs entspringen.

In Uebereinstimmung mit einem Wunsch seiner Majestät des
Kaisers Nikolaus ist der Reichskanzler Graf Bülow bei
der Zusammenkunft der beiden Kaiser zugegen. Nicht minder gern
wird seine Majestät der Kaiser und König dort dem verdienst-
vollen Staatsmann begegnen, der die auswärtigen Geschäfte
Ruhlands leitet.

Die Rote des Grafen Bülow widerlegt alles, was über die
Tragweite des Zarenbesuchs gefabelt werden könnte. Sie will nur
die Beforgnis abwehren, als ob der lärmend vorbereitete Besuch des
Zaren in Frankreich eine Störung des bisherigen Verhältnisses
zwischen Deutschland und Rußland bedeuten könnte.

Es bleibt alles beim alten, wie dem Monarchen-
begegnungen und höfische Feste für den Verlauf der Geschichte
nur eine verschwindende Bedeutung haben können.

Die Staatskunst der heutigen Regierungen erschöpft sich in der
mühseligen Aufrechterhaltung dieses göttlichen Völkerverhältnisses
und die Begegnung der Staatsoberhäupter vermag bestenfalls nichts mehr
als die Zurechtfindung des bestehenden, doch dieser Zustand wiederum gesichert
und der offene Ausdruck der innerlich verhaltenen und an den
Völkern zehrenden Konflikte auf eine weitere Spanne Zeit
verhindert erscheint. Ueber die Bekräftigung dieses Zustandes hinaus
gelangt kein Zar, kein Kaiser und kein Pöbel.

Dieser feststehenden „Friedenszustand“ rühmt sich Graf Bülow
erhalten zu haben trotz Schwierigkeiten — er deutet auf die
Ereignisse in China —, und diesen Friedenszustand hofft Graf Bülow
ferner zu erhalten trotz der „lästigen Schwierigkeiten“,
die seine agrarische Volkspolitik für das Verhältnis zu
Rußland heraufbeschwört. Um dieser Hoffnungen willen fordert die
offizielle Rote auf, den Gast des Kaisers würdig zu begrüßen.

Doch Graf Bülows diplomatische Rote mangelte kluger Diplomatie
in dem einen Dinge, in dem sie dem Zaren die höchste Huldigung
entgegenbrachte. Indem Graf Bülow den russischen Herrscher als
„Friedensfürst“ und „Hort der Menschlichkeit“ feiert, erweckt er
unflug das Gedanken daran, daß vor nicht langer Zeit die Fürsten
und Regierungen, unter des Zaren Führung, mehr ihm zu wollen
erklärten als das Volkende zu erhalten, daß sie durch die
Ankündigung eines Neuen die staunende Welt überraschten.

Zar Nikolaus sagte in seinem Manifest vom 24. August 1898:
„Die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und eine
möglichste Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, die
auf allen Nationen lasten, stellen sich in der gegenwärtigen
Lage der ganzen Welt als ein Ideal dar, auf das die Be-
mühungen aller Regierungen gerichtet sein
müßten...“

Sicherlich wird Zar Nikolaus bei den Danziger Flottenmanövern
sich mit dem deutschen Kaiser über die Erfolge seines Manifestes
eifrig besprechen. Sicherlich wird Zar Nikolaus genau verfolgen, wie
seine Abrüstungsvorschläge auf die deutsche Marine gewirkt haben.

Dem wir wollen dem Grafen Bülow nicht widersprechen, daß
der russische Zar ein „Friedensfürst“ sein will. Daß er es so wenig
sein kann, wie ihm die gewaltige Steigerung der deutschen Marine-
rüstung jetzt vor Augen führt, das ist Fürstenverhängnis und mag
die Mächtigen der Erde an ihre Schwäche und zur Bescheidenheit
gemahnen.

Wir wollen dem Grafen Bülow auch nicht widersprechen, daß
der Zar ein „Hort der Menschlichkeit“ zu sein glaubt
und sein will. Aber hier offenbart sich noch grösserer die Ohnmacht
der Mächtigen. Der Staat der „Hortes der Menschlichkeit“ ist der
Staat der rohesten Unmenschlichkeit, der blutigsten
Barbarei. Kein Tag vergeht, ohne daß gräßliche Kunde aus dem
europäischen und asiatischen Rußland von Mord und Folter kommt,

verübt an den besten Söhnen des Landes, an denen die Gesundheit
und Leben opfern, um nur einen Leuzhauch der Menschlichkeit in
die Schwärze der russischen Unfreiheit und Unmenschlichkeit zu
senden. Wir erschauern in Mitleid beim Raufen des nordischen
Gastes, der allmächtig erscheint und ohnmächtig jedes Unrecht, jede
Schwäche dulden muß!

So werden dem Nikolaus, der Fürst des Friedensmanifestes,
und Wilhelm, der die eiserne Rüstung des deutschen Reichs so oft
verherrlicht, sich in monarchischen Ceremonien begegnen und —
alles bleibt beim alten. Der Zar begrüßt Eduard von
England, der Zar begrüßt den deutschen Kaiser, der Zar wird den
Präsidenten der französischen Republik begrüßen, — es bleibt die
ruchlose Voerentzung, es bleibt der Wahn der militärischen
Rüstungen, es bleibt Friedlosigkeit und Unmenschlichkeit, im Zaren-
reich und in allen Reichen, in monarchischen und republikanischen.

Rur die Völker selbst können Frieden und Menschlichkeit
schaffen. Sie, die jetzt Ohnmächtigen, können die Mächtigen sein
und sollen die Mächtigen sein wollen. Sie sollten beginnen, die
scheinbar Mächtigen in ihrer Ohnmacht zu erkennen. Es ist
fruchtlos, Feste zu feiern, wie es in Deutschland geschah, wenn die
Herrscher von Oestreich und Italien bei uns Besuche abstatteten, wie
es bald in Frankreich geschehen wird, wo die Republik in Er-
wartung ihres Gastes in monarchischen Krämpfen zukt.

Ueber die Stimmungen in der französischen Bevölke-
rung angesichts der bevorstehenden Ankunft des Zaren giebt unser
Pariser Korrespondent nachfolgende Darstellung.

Paris, 7. September.

Es geschieht sozusagen nichts mehr in der französischen Tages-
politik außer dem Zarenbesuch und was drum und dran hängt.
Selbst der französisch-luxische Konflikt ist durch die kommende hoch-
patriotische Ceremonie völlig in den Schatten gestellt.

Man hat mit Recht über die Schnelheit der deutschen Regierung
nach dem „Kotau“ gespottet. Auch die französische Presse mischt
ihre Stimme in den internationalen Spötter-Chor. Aber was soll
man erst zu der französischen Regierung und der französischen
Vourgeoiswelt sagen, die selber mit elektrisierender Wollust den
„Kotau“ vor dem russischen „Sohn des Himmels“ vollziehen, die sich
im Staub vor dem Despoten aller Reußen wälzen? Kein Wunder,
daß die Petersburger Presse sich erregt, die von den
französischen Nationalisten lancierte Idee einer Vagnadigung der
Staatsstreikler anlässlich des Zarenbesuchs „frendig“ zu begrüßen
als einen Beweis des wesentlich friedenslustigen Charakters der
Zarenreihe. Man denke: die feile und feige Kofetenpresse, die mit
keiner Silbe gegen die unter ihren Augen in der russischen Haupt-
stadt verübten Greuel protestierte, die mit keiner Silbe die fort-
währenden Massenverhaftungen und Verbannungen der besten Söhne
des russischen Volkes auch nur erwähnt, — sie tritt jetzt für die
Vagnadigung der französischen Staatsstreikler ein, die sich in
diversen Kurorten es gut sein lassen! Auch diese allerhöchste
Veleidigung, die Veleidigung durch frohe Kataklymen-Hand, haben die
französischen Zarenknechte verdient.

Immerhin hat die Regierung noch die innere Politik vor dem
Einspruch der „Kotau“-Stimmung bewahrt. Nach dem letzten Ministerrat
wurden alle „Gerichte“ über die Vagnadigungen und die Zurück-
berufung des Generals de Voisdeffre in den aktiven Dienst halb-
amtlich demontiert. Sonst aber weiß sich die Regierung in der
Produktions vor dem Zaren gar nicht genug zu thun. Sie hat in
dieser Beziehung entschieden das Kabinett Méline übertrumpft,
was freilich nicht aus dem steiferen Rückgrat des letzteren zu er-

klären ist. Beim Zarenempfang von 1896 war nämlich Méline's
Regierung nur für die Reise- und Begegnungszeit des Gastes „ver-
antwortlich“, da der Zar im Hotel der russischen Botschaft ab-
stieg. Jetzt aber handelt es sich darum, auch für die Wohnung
des Gastes zu sorgen. Da haben sich nun die verschiedenen Glieder des
Ministeriums der „republikanischen Verteidigungs-Aktion“ als vollendete
Hörsinger der vorrevolutionären Zeit erwiesen. Ludwig XIV., der
„Sonnenkönig“, hatte gewiß keine liebedienstlicheren, keine be-
geisteteren Leibdiener... Man möchte annehmen, daß in Frankreich
das Beamtenwesen erst im Keimzustande sich befindet, daß die Staats-
minister alles persönlich besorgen müßten. Delcassé, Minister
des Auswärtigen, Leggues, Minister des Unterrichts und der
schönen Künste, Gaudin (der Sinkradikale), Minister der
öffentlichen Arbeiten — sie reisen einzeln und zu zweien zwischen
Paris, Compiègne, Dinkirchen und Reims hin und her, um
persönlich jede kleinste Kleinigkeit zu regeln und zu be-
sichtigen. Selbst dem „Temps“ wird die Sache zu bunt!
Das solide Bourgeoisorgan wagt die schälfsterne Bedeutung, daß
für gewisse Verordnungen ja doch auch andre Beamte außer den
Ministern besoldet würden.

Leggues ist auf den Einfall gekommen, das Schloß
Compiègne für die 1-1/2 Tage, die der Zar dort zubringen
wird, auch noch mit einer Bibliothek auszustatten und zu diesem
Zweck der — Nationalbibliothek die rarsten Bücher zu entnehmen.
In einem „gut informierten“ ministerfreundlichen Blatt wird, ohne
mit der Bimpr zu zuden, erzählt, daß der Minister des Unterrichts
und der schönen Künste mit dem Minister des Auswärtigen in
Compiègne darüber berieten, ob im Toilettenzimmer des
Zaren über der Badewanne eine Dofne anzubringen ist oder nicht... Der „Temps“ bemerkt dazu:
„Man hört noch nichts von der Einberufung des Senats, um ihn
nach dem Beispiel eines gewissen römischen Kaisers über die
Sauce einer Meerbutte zu befragen...“ Nun, den Speisezetteln des
Zaren wird wohl der Ministerrat in corpore unter Koubets Vorsitz
feststellen.

Unmüßig zu sagen, daß das Ministerium in Abwesenheit des Par-
laments sich unbeschränkte Kredite für den Zarenempfang vom
Staatsrat hat „eröffnen“ lassen. Die Kosten werden gewiß in die
Millionen gehen, d. h. täglich, pro jeden Aufenthaltstag des
teuren Gastes. Wird doch das Schloß Compiègne mit dem aus-
schweifendsten Luxus neu eingerichtet, als ob es sich um die ständige
Residenz eines französischen Königs handelte.

Der Zar behandelt denn auch seine Gastgeber nach Gebühr. Auf
seinen Wunsch wird er mit dem Präsidenten Loubet und den
Ministern die Kathedrale von Reims besuchen und dabei
nebst seinen Begleitern den — Segen des Erzbischofs entgegen-
nehmen. Dieser Wunsch ist desto befremdlicher, als ja der Zar,
Oberherr der „orthodoxen“ Kirche, bei einem „heerischen“ katholischen
Erzbischof nichts zu suchen hat — es sei denn eben eine Demütigung
seiner freidenkerischen Gastgeber. Und dann ist ja die Kathedrale
von Reims die Salbungstätte der legitimen französischen Könige —
mögen nun die Epigonen der Revolutionäre von 1789—1798 der
heiligen Königshätte als Gefolge eines Selbstherrschers eine ge-
zwungene Reuerenz erweisen!...

Es versteht sich ferner von selbst, daß die Städte und Wege, die
der Zar berühren wird, tabu werden in dem Sinne, daß das
republikanische Gesetz für sie nicht mehr gilt — es sind Teile des
Zarenreiches, die unter zarenpolizeilichem Regime stehen.
Nikolaus II. wird in Frankreich denselben Luxus an Vorsichts-
maßregeln „genießen“ wie in Rußland. „Die russische
Polizei steht in alljährlichem Verkehr mit der französischen
Sicherheitspolizei und drängt dieser durch Vermittlung der Botschaft
die sorgfältigsten Vorsichtsmaßnahmen auf“ — so in den Pariser
Blättern zu lesen!... Natürlich werden alle „Verdächtigen“ für die
Aufenthaltszeit des Zaren am betreffenden Orte in Haft behalten
werden. Hoch die „Deklaration der Menschenrechte“, deren Anschlag
in den Schulzimmern kürzlich von der Deputiertenkammer botiert
wurde!...

Trotz alledem will der Zar nach Paris nicht kommen. Der
nationalistische Gemeinderat ist der Verzweiflung nahe. Sein
Vorsitzender läßt sich mit patriotischer Würde die Fustföhlen ab, um
doch den Zarenbesuch zu erbetteln. Aber auch das Präsidium des
Generalrats des Seine-Departements, der zum
Vorsitzenden den Socialisten Heber hat, will sich allen den
vom Präsidium des Gemeinderates zu beschließenden Zaren-
erklärungen anschließen. Auch wurde unter Hebers Vorsitz be-
schlossen, dem Zaren nach Dinkirchen entgegenzueilen... Es wird
vielleicht nicht überflüssig sein, zu bemerken, daß Heber Mitarbeiter
des ministeriellen „Petit Son“ ist.

Auch Millerand wird an den Empfangs-Ceremonien teil-
nehmen. Alle Minister eilen dem Zaren entgegen, mit Ausnahme
des Finanzministers, der als einziger Repräsentant der Regierung in
Paris zurückbleibt. Die bürgerlichen Oppositions-Zeitungen stellen
Millerand vor das Dilemma, entweder das zarenfeindliche Manifest
des Generalkomitees der socialistischen Partei zu desavouieren
oder aber seine Demission zu geben. Der Handelsminister thut weder
das eine noch das andre — er beteiligt sich schweigend an den Ceremonien,
trotzdem das Generalkomitee das als eine „Entwärtigung in den Augen
des revolutionären Proletariats“ erklärt hat... Koch viel
schlimmer aber ist der Versuch der „Petite Republique“,
Millerand dadurch zu rechtfertigen, daß der Lyoner Kongress ihn ja
„außerhalb der Parteikontrolle“ gestellt hat! Da-
durch wird nur der Lyoner Beschluß wieder einmal als verfehlt
erwiesen.

Der linksradikale Bürgermeister von Reims,
Charles Arnould, hat — ein weicher Kabe unter den bürger-
lichen Politikern! — den Ministern eine Petition republikanischer
Würde erteilt. Er sprach im Gemeinderat vom Zarenbesuch so

überaus trocken, betonte die „demokratische Einfachheit“ beim Empfang so nachdrücklich, stellte den Zaren so respektvoll bloß als den „Begleiter“ des Präsidenten Poubet hin, daß 150 „patriotische Einwohner von Reims in Maneranschlügen gegen den Bürgermeister protestierten und den Zaren von ihrer „patriotischen Freundschaft“ benachrichtigten. Die Regierung aber hat vom verdächtigen Bürgermeister den Text der von ihm zu haltenden Begrüßungsansprache an den Zaren eingesehen.

Wenn aber ein Arnould eine seltene und schüchterne Ausnahme unter den Bürgerlichen ist, so sind die Zarenanbeter eine ebenso seltene Ausnahme unter den Sozialisten. Die sozialistischen Proteste gegen den Zarenbesuch dauern fort. Für heute mag nur noch das Manifest der Sozialisten von Dänkirchen erwähnt werden. Es wird darin das „Bedauern“ ausgesprochen, daß das demokratische Frankreich ausgeartet ist, den Vertreter der Macht, die am deutlichsten den Reaktionsgeist in Europa veranschaulicht, zu empfangen. Die Sozialisten vergessen nicht, daß der Mensch, der in Dänkirchen landen wird, derselbe ist, der in Rußland diejenigen bedrückt und terrorisiert, die die Prinzipien vertreten, auf denen die Republik beruht. Das Manifest schließt mit der Aufforderung an die Dänkirchener Arbeiter, „mit Gleichgültigkeit den Zaren, den Feind ihrer Klasse, vorbeizugehen zu sehen“.

Dieser Empfangs„gruß“, wie die zahllosen anderen sozialistischen „Grüße“ an den Zaren gehören nicht nur ins goldene Buch der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes, sie zeigen nicht nur die Emancipation des Klassenbewußtseins französischer Proletariats vom Chauvinismus; sie werden auch in den Augen der Wit- und Nachwelt die Ehre der französischen Nation gerettet haben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 10. September.

Das Attentat.

Das Befinden McKinleys scheint sich sehr langsam zu bessern, die Nacht von Montag zu Dienstag verlief besser als die vorhergehenden Nächte.

Die Verhaftungen, die in verschiedenen Städten vorgenommen worden sind, haben bisher in keiner Weise die Wahrscheinlichkeit eines Komplotts ergeben. Ein besonders verdächtiger Deutscher, namens Alfred Stutz, der mit Czogoloz in Buffalo angekommen und mit ihm im Hotel gewohnt hatte, mußte infolge klarer Beweise seiner Unschuld freigelassen werden. Emma Goldman, eine anarchistische Rednerin, soll in Chicago verhaftet worden sein; ihre Beteiligung an dem Attentat ist jedoch gleichfalls gänzlich ungewiss.

Die amerikanischen Behörden wollen alles in ihren Kräften Stehende thun, um zu verhindern, daß Czogoloz von der Sensationspresse zum Helden gestempelt wird. So wird auch Reportern weder der Zutritt zu Czogoloz gestattet, noch ihnen überhaupt erlaubt, ihn zu sehen.

Miquel-Erinnerungen.

Ueber Miquels zweideutige Rolle beim Schulgesetz im Jahre 1892 erzählt Hg. Richter: Als er (Richter) bei jenen Beratungen bei jedem einzelnen Titel des Gesetzes das Wort ergriß, um die Debatte hinauszuziehen, sei Miquel an ihn herantreten, der mit ihm seit langem kein Wort gewechselt hatte, und habe ihm gesagt: „Ich weiß sehr wohl, warum Sie so oft heute das Wort ergreifen; Sie wollen den Schulgesetz-Entwurf zum Scheitern bringen. Es ist aber gar nicht mehr erforderlich, dazu solche Mittel zu ergreifen. Es ist dafür gesorgt, und Sie können sich fest darauf verlassen, daß dieser Zweck auch ohnedem erreicht wird.“

Zwei Tage darauf wurde der von Miquel mitunterzeichnete Gesetzesentwurf zurückgezogen und Minister v. Bethsig nahm seinen Abschied. Miquel hatte mißfretweise den Kaiser betrogen, das Schulgesetz fallen zu lassen.

Ministerpräsident wollte, wie der Berliner Korrespondent der „Schlesischen Volkszeitung“ jetzt enthüllt, Miquel im Frühjahr 1897 werden. Er machte damals den ersten Versuch, den Fürsten Hohenlohe zum Selbstabtreten zu veranlassen und sich selbst zum innerpolitischen Kanzler zu machen. Der Versuch mißlang. Dazu hat wesentlich beigetragen, daß im kritischen Augenblick durch einen Centrumsführer dem gütwilligen Fürsten Hohenlohe das Gewissen geschärft wurde.

Deutsches Reich.

Zollwucher-Proteste.

Ein Protest der Portefeulle-Arbeiter. Offenbach, 8. September. Heute morgen tagte im hiesigen Arbeiterheim eine stark besuchte Versammlung der Portefeulle- und Einheitsarbeiter von Hanau, Offenbach und Umgegend, um gegen die neue Zolltarif-Vorlage zu protestieren. Nach einem einständigen Referat des Verbandsvorsitzenden Weinschild-Offenbach wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sowohl dem Reichstag wie Bundesrat durch das Bureau der Versammlung übermittleit werden soll und in der auf das entscheidendste protestiert wird, daß durch die Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel ein kleiner Interessentenkreis sich auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung bereichern will. In der Resolution heißt es ferner: „Eine künstliche Erhöhung und Vertenerung unserer wichtigsten Lebensmittel sowie der Gerbstoffe, Häute, Leder, Seide und Baumwolle ist eine schwere Schädigung, wenn nicht gar eine Vernichtung unserer Industrie. Aus den vom kaiserlich statistischen Amt veröffentlichten Zahlen haben wir ersehen, daß im Jahre 1898 31 327 Doppelcentner, 1899 36 351 Doppelcentner und im Jahre 1900 39 008 Doppelcentner feine Lederwaren exportiert worden sind. Im Jahre 1899 betrug der Export 85 283 000 M. Ausland kaufte mehr als ein Drittel der erwähnten Quantität.“ Durch die geplanten Zollserhöhungen auf Roggen, Weizen und Eier, würden ein großer Teil deutscher Arbeiter auf das empfindlichste geschädigt, weil dies eine Sperre des Absatzgebietes für seine Lederwaren und eine enorme Verminderung der Arbeitsgelegenheit, sowie Not und Elend im Gefolge haben würde. Gerade weil die Bevölkerung Offenbachs und Hanaus nebst der Umgegend von der Erzeugung feiner Lederwaren und Säuhle vollständig abhängig sei, verlangen die Portefeulle- und Einheitsarbeiter die völlige Ablehnung der Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel, Gerbstoffe, Häute, Leder, Seide und Baumwolle.

Zum Protest gegen den Wuchertarif sahte am Donnerstagabend eine überfüllte Versammlung zu Mühlhausen i. Osh. nach Anhörung eines eingehenden Referats von Genossen Emmel eine Resolution, die die Bürger ohne Unterschied der Parteistellung zur Abwehr des Zollwuchers aufruft und die Parteigenossen ermahnt, die Unterschriftenammlung auf den zirkulierenden Petitionsbogen nach Kräften zu fördern.

Der zur Teilnahme an der Versammlung eingeladenen Reichstags-Abgeordnete Th. Schlumberger äußert sich in einem Entschuldigungs Schreiben dahin, daß die landwirtschaftlichen Zölle nicht höher festgesetzt werden sollten als diejenigen des bestehenden autonomen Tarifes, „auf jeden Fall nicht höher als die Möglichkeit, Handelsverträge mit dem Ausland abzuschließen, es bedingt“. Der hervorragende Großindustrielle, der in die Treibereien hinter den Coulissen tief hineinsieht, scheint hiernach den Abschluß der Handelsverträge durch die agrarischen Treibereien ebenfalls für ernstlich gefährdet zu halten.

Auch eine zahlreich besuchte Versammlung des Hirsch-Dunderschen Ortsvereins der Maschinenbauer und Metall-

arbeiter zu Berlin IX, Gesundbrunnen, nahm am 31. August folgende Resolution an: „Der Ortsverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter Hirsch-Dunders zu Berlin IX protestiert auf das lebhafteste gegen jede Verteuerung derjenigen Lebensmittel, die unbedingt zur Erhaltung des gesamten deutschen Volkes notwendig sind, durch einen übermäßig hohen Zoll. Er ersucht vielmehr einen hohen Reichstag, mit allen Mitteln gegen dieses Attentat auf das Volkswohl Stellung zu nehmen.“

Handelskammer gegen Getreidezölle. Der vor einigen Tagen erschienene Bericht der Handelskammer Straßburg für das Jahr 1900 wendet sich in der entschiedensten Weise gegen die geplante Zollserhöhung auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Nachdem er den Umfang und die Ursachen der auf die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung gefolgten Geschäftslahmheit dargelegt, die im ganzen Lande zahlreiche Arbeiterentlassungen zur Folge hatte, läßt er sich über die voranschreitenden Wirkungen des neuen Zolltarifes in folgender Weise vernehmen.

Der Bezirk Straßburg, der unter der Schutzpolitik Frankreichs so sehr leidet, sieht der Umgestaltung der handelspolitischen Verhältnisse Deutschlands mit schwerer Besorgnis entgegen. Während der segensreiche Einfluß der ihrem Ablauf entgegengehenden Handelsverträge auf den Export und damit auf das ganze Wirtschaftsleben des Reiches bestimmend sein müßten für die weitere Gestaltung unserer Zollverhältnisse, so scheint im Gegenteil die allzu weit gehende Rücksichtnahme auf die landwirtschaftliche Produktion neuerdings zu Wahregeln führen zu sollen, welche das Zustandekommen neuer günstiger Handelsverträge und die gedeihliche Entwicklung der deutschen Exportwirtschaft ernstlich gefährden würden. Eine solche Maßregel wäre die beabsichtigte Einführung eines erhöhten Mindestzolles auf landwirtschaftliche Erzeugnisse. Das System des Maximal- und Minimumtarifes sollte nach den Erfahrungen Frankreichs, wo mit der Einführung desselben ein Rückgang des Außenhandels begann, am wenigsten vorbildlich sein für Deutschland, das mit dem Vertragstarif die besten Erfolge erzielt hat. Wenn zudem der neue Zolltarif wesentliche Erhöhungen der Zölle auf die wichtigsten Lebensmittel bringen sollte, so wäre zu befürchten, daß dadurch die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung verschlechtert und die Produktionsfähigkeit unseres Landes schwer beeinträchtigt würde.“

Der deutsche Tarifentwurf und die österreichischen Bauern.

Man schreibt uns aus Kärnten: Eine starke Erregung hat der deutsche Zolltarifentwurf bei den Bauern des Salzammerguts und Kärntens hervorgerufen. In den entlegensten Thälern bildet der deutsche Zolltarif den Gegenstand besorgter Unterhaltung. Die Bauern in diesen Alpengebieten leben ausschließlich von dem Viehexport nach Deutschland. Getreide müssen sie noch zukaufen, der Verkauf des Viehs, das ausnahmslos nach Deutschland geht, bildet die Grundlage ihrer durch hohe Steuern und durch Schuldverpflichtungen ohnehin bedrückten Existenz. Würde der neue Entwurf Gesetz, so bedeutete das — ohne Lebensversicherung — den völligen Ruin dieser Bauern, und Reichsdeutsche, die ins Gespräch mit den Gebirgsbauern kommen, haben jetzt oft genug Gelegenheit, von den schweren Besorgnissen der kleinen Viehhändler zu hören; denn diese recht intelligenten Leute wissen sehr genau, daß der deutsche Zolltarif hinsichtlich des Viehs nichts weniger als eine Grenzsperrre und den Verlust ihres Abzuges bedeutet. So „schlägt“ der Bohmsinn der Hochalpenpolitik die kleinen Bauern! Man wird es aber angefaßt solcher Verhältnisse für unmöglich halten können, daß Oesterreich jemals in die ruinösen deutschen Zollsätze einwilligt.

China-Andenten. Das „Wolffsche Depeschen-Bureau“ meldet: „Von antlicher Seite wird bekannt gegeben, daß die Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung der Einschleppung ansteckender Krankheiten durch die Ostasien zurückkehrenden Truppen wegen einzelner auf den Transportschiffen vorgekommener Typhus- und Ruhrfälle verschärft worden sind. Es ist unter andern der vollständige Abschluß der Truppen während der Zeit ihrer Beobachtung in Bremerhaven und Munster von der Zivilbevölkerung angeordnet worden.“

Die Angehörigen der zurückkehrenden Offiziere und Mannschaften werden daher in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, sich nicht zum Empfange der letzteren nach den vorbezeichneten Orten zu begeben, da es von jetzt ab gänzlich ausgeschlossen ist, dortselbst mit den Betreffenden in irgend einer Weise in Verkehr zu treten.“

Außer Ruhr und Typhus sollen unsre Chinaltruppen zu einem nicht geringen Prozentsatz überaus gefährliche Krankheiten mit in die Heimat gebracht haben, die manchen ein lebenslängliches Andenten an den China-Kreuzzug sein werden.

Die Krise.

Varnen, 7. September. (Eig. Ber.) Der bergische Industriebezirk ist von der wirtschaftlichen Krise besonders hart betroffen worden. Bis jetzt haben in der Textilindustrie von Varnen, Ebersfeld und Umgegend zahlreiche Arbeiterentlassungen stattgefunden; hunderte Band- und Webstühle stehen schon seit langem still. Besonders stark ist die hier noch zahlreich vertretene Hausindustrie in Mitleidenschaft gezogen worden. In den größten Fabriken sind neben der Entlassung von Arbeitern Feierlichkeiten eingeleitet worden, so daß der Verdienst der noch Beschäftigten ein ganz minimaler ist. Ebenso trostlos wie es in Varnen-Ebersfeld aussieht, ist es in der Kleinindustrie zu Remscheid und der Messerfabrikation im Kreise Solingen. Um der äußersten Not zu begegnen, hat eine Anzahl von Gemeinde-Vertretungen Rotstandsarbeiten in Aussicht genommen. In Gräfrath hat man damit schon begonnen; in Ohligs wurden 80 000 M. für Wegebau bewilligt und in Solingen und Wald wird man bald folgen. Auch in Varnen sind für Rotstandsarbeiten die Vorbereitungen schon getroffen und nur die Stadtvertretung von Ebersfeld scheint dazu noch keine Zeit gehabt zu haben, denn dort ist das Wort „Rotstand“ im Stadtratssaal noch nicht gefallen. Mit der schlimmsten Verorgung geht man hier dem Winter entgegen.

Die sächsische Landtagswahl-Bewegung.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Die Landtagswahl-Bewegung ist im Gange. Unseren Gegnern bereitet sie keine Freude. Existenz haben die Behörden ein Stück Arbeit mehr zu verrichten bei der Aufstellung der Wählerlisten. Die Einteilung in drei Klassen nach der Drittelung des gezahlten Gesamtsteuerbetrages macht besonders den ländlichen Gemeindevorständen viel Kopfzerbrechen. Da muß die Oberbehörde, ja oftmals „der Herr Gebarm“ nachhelfen, wenn Gemeindegewaltigen das Rechnen schwer fällt.

Man lassen aber obendrein die Socialdemokraten von ihrer „Wählerei“ bei der Wahl nicht ab, obwohl sie wenig oder gar keine Aussicht haben, Mandate zu erringen. Und bei Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts hätte man sich doch gerade eingebildet, die Socialdemokratie werde sich bei dieser Ausnahmslosigkeit in den Schmolliwinkel stellen. Dagegen ist jetzt, wo die Verteilung an den Wahlen eine einmütige ist, auch die socialdemokratische Agitation wieder eine einheitliche und darum um so wirksamere.

Das über das ganze Land von uns verbreitete Flugblatt hat den höchsten Hohn des offiziellen Organs der Konservativen erregt und die Amts- und Winkelpresse druckt seine Schimpfzettel nach. „Es — das Flugblatt nämlich — soll zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, einerseits Stimmung gegen den einigermassen agrarischen Zolltarif-Entwurf Graf Wallois machen, andererseits zur Vorbereitung der Wählerchaft für die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen dienen“, heißt es da. Und nun folgt eine Lüge und Verleumdung der andern. Da soll den socialdemokratischen „Verführern“ das Wohlergehen der Arbeiter höchst gleichgültig und ihr Ziel die Gewinnung der politischen Macht und deren finanzielle Ausschüttung sein u. s. w. Diese letztere Bemerkung nimmt sich besonders gut aus in derjenigen Presse, die sonst den bankbrüchigen Gurgelabschneidern und millionen-

aufhäufenden Spekulanten nicht Lobeserhebungen genug bringen kann. Ferner leugnet man ab, daß die Konservativen schuld sind am Defizit im Staatshaushalt, an dem Sinken der Eisenbahneinnahmen, an der ungenügenden Gestaltung des Schulwesens, an der reaktionären Wetterwirtschaft in vielen Gemeinden, an dem Ausschluß Minderjähriger aus öffentlichen Versammlungen, an der Zerrüttung der inneren Zustände überhaupt. Und doch haben die Konservativen die Majorität im Landtage, also auch die Möglichkeit, diese Lebensstände zu beseitigen. Daß sie besehen, kann nicht gelehrt werden — da ist es doch natürlich, daß die Landtags-Majorität und die Regierung dafür verantwortlich sind. Konservative und Regierung sind aber ein Herz und eine Seele und gleichbeteiligt an der Herrlichkeit sächsischer Zustände.

Was dann über die Darlegungen unseres Flugblattes hinsichtlich der Wirkung der Getreidezölle gesagt wird, ist der nächste Abstrich agrarischer Phrasen über die Wunderwirkung der Zölle auf landwirtschaftliche Produkte. Zur angeleglichen Widerlegung unseres Flugblattes muß in diesem Falle auch Genosse Calwer herhalten, aus dessen Rede auf dem Rautzer Parteitag Sätze gerissen werden zu dieser löblichen Verwendung.

Indes, gerade der Jörnensbruch und die uneheliche Kampfesweise unserer Gegner hilft uns die Agitation erleichtern. Ganz richtig bezogen, denn die Regierung wird ja von den Konservativen gedrängt, die agrarischen Forderungen zu unterstützen. Nun mag den Herren das Gegengewicht der socialdemokratischen Agitation sehr unangelegen kommen. Aber es hilft ihnen nichts — wir lernen eben auch unter dem Dreiklassen-Wahlrecht alles zur Propaganda für unsere Ziele auszunützen.

Fürth, 10. Septbr. (Privattelegramm.) Im hiesigen Streit, ob nur ein Jurist Bürgermeister werden solle, hat die Juristenpartei gesiegt. Sämtliche Demokraten fielen um. Antrag Segitz, einen geeigneten Nichtjuristen zur Wahl zuzulassen, wurde mit 18 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Soldatenschilder.

Vor dem Kriegsgericht der 11. Division zu Breslau stand am letzten Sonnabend der 26-jährige Sergeant Paul Wolf und der Unteroffizier Tourbier vom Jägerbataillon Nr. 6 zu Oels angeklagt wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt. Am 8. Juli war die Compagnie, der die Angeklagten angehören, im Begriff, zum Turnen anzutreten. Vorher revidierte der Sergeant als Feldwebeldienstführer die Kleidung der Leute. Da fehlte dem Jäger Häbner an der Drillschulose ein Knopf. Nun sagte der Angeklagte zu dem Unteroffizier Tourbier, „er möge dem Jäger Häbner die andern neun Knöpfe auch noch abschneiden, derselbe solle alle anmähen und mit dem angeführten Knopf dann zum Vorzeigen der Drillschulose bei dem Sergeanten antreten“. Der Unteroffizier vergaß das Abschneiden und der Jäger das Anmähen des einen Knopfes. Als später der Jäger mit den Hosen bei dem Sergeanten antrat, fragte letzterer, ob der Unteroffizier ihm die Knöpfe abgeschnitten habe. Der Soldat verneinte. Da stellte der Sergeant dem Unteroffizier Tourbier wegen der Unterlassung des Knopfabnehmens zur Rede mit den Worten: „Sant hab' ich Sie gebeten, nächstens befehle ich Ihnen.“ Ueber diese Zurechtweisung seines Vorgesetzten war der Unteroffizier ärgerlich und ging mit dem Häbner auf die Stube, schnitt ihm die Knöpfe vom Rock, riß ihm Hofe und Hosenträger vom Leibe, so wie alle andern Sachen, daß der Rekrut im Adamskostüm dastand, hieb ihm die Hofe um den Kopf, gab ihm mehrere Ohrfeigen, zerriß ihm in der Wut das Hemd und schütt ihm das Rockfutter auf. Dann befahl er ihm abends um 9 Uhr sich feldmarchmäßig anzuziehen. Am 9. Uhr zerriß er ihm nochmals die Sachen, ließ den Rekruten wiederum alles zusammenhängen und nach 12 Uhr dem im Bett liegenden Korporal zeigen. Wegen dieser und anderer, ähnlicher Handlungen in 63 Fällen, 200 Ohrfeigen, Schläge mit gezogenem Seitengewehr, Knopfschneide, Koppel ward Unteroffizier Tourbier vom Kriegsgericht zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Vorgesetzter, der ihm den Auftrag gegeben, dem unglücklichen Opfer dieses Soldatenschilders die Knöpfe abzuschneiden, der Sergeant Wolf, führte in der Verhandlung als Entschuldigung an, er wolle den Jäger Häbner, der kein tüchtiger Soldat sei, privatim etwas erziehen. Der Vertreter der Anklage beantragte 10 Tage Mittelarrest, das Kriegsgericht erkannte auf fünf Tage wegen vorchriftswidriger Behandlung.

Ausland.

Schweiz.

Schärfere Kontrolle der Anarchisten. Der Bundesrat wies alle Schweizer Polizeibehörden an, sämtliche in der Schweiz wohnenden Anarchisten scharf zu überwachen und falls die Abreise oder sonstiges Verschwinden eines Anarchisten statifindet, dies sofort dem Bundesrat telegraphisch mitzuteilen. Vermutlich hängt diese Maßregel sowohl mit dem Attentat gegen McKinley als auch mit dem Zarenbesuch in Frankreich zusammen.

England.

Zum Spionageprozeß. Dr. Krause erschien am Dienstag wieder vor dem Bow-Street-Polizeigericht. Der Staatsanwalt erhob gegen Krause eine weitere Anklage auf Anreizung zum Mord auf Grund eines neuen in Transvaal erlassenen Haftbefehls, von welchem die Regierung am 3. September telegraphisch Kenntnis erhielt. Die Zeugenaussagen, welche die Anklagen auf Hochverrat und Anreizung zum Mord unterstützen, werden Ende des Monats erwartet. Der Staatsanwalt ersuchte um Verschiebung der Verhandlung, bis die Zeugenaussagen getroffen seien. Der Richter Sir George Lewis wies auf die Unfallsigkeit des Verfahrens hin, daß Haftbefehle in Transvaal erlassen werden für Verbrechen, die anscheinend in England begangen worden sind. Der Staatsanwalt versprach dem Verteidiger Krauses, daß ihm genaue Mitteilungen über die Art der gegen seinen Klienten erhobenen Anklagen zugehen sollen. Der Richter willigte schließlich ein, die Verhandlung bis auf weiteres zu vertagen.

Italien.

Ein Prozeß gegen die Mafia. In Bologna (Italien) hat am 9. September ein Prozeß begonnen, der weit über die Grenzen Italiens hinaus die Aufmerksamkeit auf sich lenken wird. Es handelt sich um den Prozeß gegen Pizzolo, Ex-Deputierten von Palermo, Großoffizier der Krone, welcher angeklagt ist, den Mord von Nicelli und des Marquis von Rotarbartolo angeflusst zu haben.

Im Jahre 1892 wurde bei Villabate Nicelli ermordet aufgefunden. Die Mörder blieben unentdeckt. Im Verdacht hatte man schon damals die allmächtige Mafia. Ein Jahr später, am 21. Februar, wurde bei Atavilla in der Nähe des Eisenbahndammes die Leiche des Marquis Rotarbartolo, des Direktors der Post von Sicilien, gefunden; er war im Eisenbahnzug, der ihn nach Palermo bringen sollte, ermordet worden. Auch dieser Mord blieb zunächst unentdeckt; die Beamten, die sich um die Auffindung des oder der Mörder bemühten, wurden nach dem Festland verjagt. Auch diesmal hatte man die Mafia in Verdacht. Niemand aber wagte es, offen gegen diese mächtige Geheimgesellschaft vorzugehen; die Furcht vor der unheimlichen Macht und den Dolken der Mafia hielt nicht bloß die lokalen, sondern auch die höchsten Verwaltungsbehörden von energischem Einschreiten zurück. Pizzolo, der „König von Palermo“, hatte auf alle administrativen und politischen Behörden einen großen Einfluß; er galt als der eifrige Beschützer der Mafia.

Der Sohn des letzten Opfers, der junge Rotarbartolo, Marine-Offizier, ruhte aber nicht; er hatte sich geschworen, seinen Vater zu rächen. Es gelang endlich im November 1899, die Mörder des Vandalenrotors in Mailand zu entdecken. Nun trat der junge Rotarbartolo mit Erklärungen hervor, die dahin gingen, daß die zwei

Angeschuldigten nur die Werkzeuge des Deputierten Palizolo gewesen seien. Die Anschuldigungen gegen Palizolo waren direkt überzeugend, daß der Prozeß gegen die zwei Mörder unterbrochen und Palizolo vernommen wurde. Er wurde zunächst nicht verhaftet und lehrte triumphierend nach Palermo zurück. Die aufgewühlte öffentliche Meinung aber ruhete nicht und man sah sich veranlaßt, den Nachhaber von Palermo hinter Schloß und Riegel zu bringen, wo er jetzt seit 19 Monaten figt. Der Prozeß findet nicht in Palermo, sondern in Bologna statt, weil er den lokalen Einflüssen seiner Freunde und der Mafia entzogen sein sollte. Die Zahl der Zeugen, die nach Bologna citiert sind, beträgt 220. Im Fall Niccoli sind es 72, im Fall Rottabartolo 145. Dies sind die Zeugen der Staatsanwaltschaft, die Verteidigung hat nur 18 geladen, davon nicht einen einzigen zu Gunsten Palizolos, sondern seiner mitangeklagten Werkzeuge.

Rußland.

Mafregeln in Finnland. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Helsinki gemeldet: Die Senatoren Rasmaj, Somen, Heisel und Kummelin wurden auf Befehl des Kaisers wegen Widersetzlichkeit gegen seinen Befehl ihres Amtes entsetzt. Die Senatoren hatten gegen die Veröffentlichung des kaiserlichen Manifestes über das neue Befreiungsgejet gestimmt.

Türkei.

Flucht eines Vice-Admirals. Nach Meldungen aus Konstantinopel hat sich der Vice-Admiral Zeit-Pasha nach Malta geflüchtet. Die Versicherung wird, hatte er dem Sultan ein Memorandum über den schlechten Zustand der türkischen Flotte überreicht. Die Turpiye scheinen am goldenen Horn demnach schlechter angeordnet zu sein, als anderwärts.

Amerika.

Ein Gefecht zwischen kolumbischen und venezolanischen Truppen hat in der Nähe von Boca del Toro stattgefunden. Die kolumbischen Truppen wurden geschlagen. Die Revolutionäre bekundeten die Absicht, Colon anzugreifen. Die kolumbische Regierung trifft Vorkehrungen, um den Angriff abzuwehren. Die Revolutionäre sind in der Umgebung von Panama äußerst rego.

Der Boeren-Krieg.

Englische Thätigkeit in der Kapkolonie. Das „Reutersche Bureau“ meldet vom Sonntag aus Winburg: Die Kolonnen der Generale Barker und Elliott sind hierher zurückgekehrt, nachdem sie einen Teil der Kolonie gesäubert haben. Barkers Kolonne tötete neun Boeren, verwundete sieben, machte sieben Gefangene und erbeutete 32 Wagen, 7000 Patronen, 1500 Stück Vieh, sowie eine große Menge Getreide und Mehl und brachte mehr als 100 Flüchtlinge ein. Seit dem Dezember hatten keine britischen Truppen dieses Gebiet betreten; die Boeren hatten zum Acker und Bestellen Zeit gehabt; überall sah man grüne Weizenfelder. Elliott erbeutete alle Wagenzüge der Boeren, die zu Jowden der Verproviantierung nach Bethlehem unterwegs waren; seine Kolonne tötete zwei Boeren, nahm neun gefangen, erbeutete 300 Wagen und Karren, 8000 Stück Vieh, 1400 Pferde, Tausende von Schafen und bracht 800 Boeren-Frauen und Kinder ein. Nimington erbeutete Haadbröck aus 40 Wagen bestehende Convoy. De Wet, Steijn, Haadbröck, Froneman und andre Kommandanten hielten am 28. August in Londenkop eine Versammlung ab. Beim Herannahen der britischen Kolonne flohen sie nach Keij, von wo sie jedoch am 5. September von Nimington wieder vertrieben wurden.

Aus Kapstadt wird ferner gemeldet: Die Kolonne des Generals Campbell hat ein Boerenlager in der Nähe von Surisburg überfallen. Ein Gepädwagen, 50 Pferde, eine Anzahl Patronen, sowie Getreide wurde den Boeren abgenommen. General Voltin hat bei Willop ebenfalls ein Boerenlager überfallen, die Boeren ergriffen aber die Flucht. Man fand im Lager unter andern eine Proklamation des Vicepräsidenten Schall Burgher vom 20. Juni, in welcher es am Schlusse heißt, die Boeren würden nur unter der Bedingung den Frieden eingehen, daß ihnen völlige Selbstständigkeit gewährleistet werde.

Diese Erfolge der englischen Kolonnen sind nicht gerade imponierend.

Heber die Vernichtung von Lotter's Kommando

liegen jetzt folgende Einzelheiten vor. Der Verfolger Lotter's, Oberst Scobell, hatte von den 9. Lanzern und den britischen Kapitulanten 290 Mann unter seinem Kommando. Lotter hatte am Montag dem 2. September bei Garslers Kloof gegen Oberstlieutenant Doran gekämpft, der, wie scheint, eine selbständige Abteilung führte und 1 Mann nebst 20 Pferden bezoren. Er hatte dann versucht, über die Berge nach Paardkraal zu entkommen und 25 Mann der britischen Midland-Schützen angegriffen, die ihm den Weg zu verlegen suchten. Diese kleine britische Abteilung hatte inoffen tapfer widerstanden und sieben Boeren getödet, einen verwundet. Lotter kletterte nun auf einem steilen Fels über Dspad nach Pearson am Vogelstufte und traf um Mitternacht bei Streets Farm ein. Hier bei Streets Farm am Vogelstufte stellten Scobells Patrouillen ihn am Dienstag fest. Scobell zwang ihn zum beiläufigen Rückzuge. Dienstagmorgens campierte Scobells Kolonne auf Lottus Farm. Diese verließ sie am nächsten Nachmittage, aber nicht in der vom Feinde eingeschlagenen Richtung, um die Boeren irre zu führen. Scobell schlug vielmehr die nordöstliche Richtung ein und erreichte das Dorf Petrusburg am Abend, wo er bis Mitternacht rastete. Dann marschierte er ein Stück auf der nach Graaff Reinet führenden Straße, bis er Dutoits Farm bei Groen-Kloof erreichte und das Boerenlager erkundete. Scobell ließ die Höhe, welche das Lager beherrschte, besetzen. Eine Boerenwache, die hier lag, war auf dem Posten, wurde aber unter heftiges Feuer genommen, bis alle verwundet waren. Inzwischen war das Lager von allen Seiten eingeschlossen worden. Als das Feuer begann, gingen die Pferde der Boeren durch, und diese selbst suchten Zuflucht in einem Schuppen, auf den die einzelnen umflüchtenden Abteilungen nun ihr Feuer konzentrierten. Da die Entfernungen kurz waren, zwischen 50 und 400 Metern, so hatten die Engländer von ihren hochgelegenen Stellungen aus leichte Arbeit. Gegen mittag wurde die weiße Flagge gehißt und schweigend das Feuer der Engländer eine Weile, da aber die Boeren nicht aufhörten zu fernern, nahm man nicht weiter Notiz davon. Ein 9. Lanzer, der dahin galoppierte, wo er die weiße Flagge sah, wurde auf eine Entfernung von 20 Metern durch den Kopf geschossen. Schließlich stellten die Boeren das Feuer ein, und Lotter trat mit seinen Leuten aus der Deckung heraus, worauf sie gefangen genommen wurden. Der Schuppen hatte ein schreckliches Aussehen. Verwundete und Tote lagen auf dem Boden. Lotter selbst war leicht verwundet. Nach Ansicht einiger Boeren wäre, wenn die Hebergabe eine Viertelstunde später erfolgt wäre, nicht ein Mann heil herausgekommen. Die Boeren hatten reichlich Munition: 25 000 Patronen wurden noch bei ihnen gefunden.

Wie heldenmütig der Widerstand der Boeren war, beweist schon die eine Thatsache, daß die Boeren sich erst ergaben, nachdem weit über die Hälfte von ihnen getödet und verwundet worden war.

Partei-Nachrichten.

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Im Verlage von J. F. M. Diez Nachf. erscheint am 15. September: „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle.“ Herausgegeben von Franz Mehring. Band I. XII und 462 Seiten groß Oktav. Preis broschürt 7 Mk. geb. in engl. Verwands 8,50 Mk.

Der erste Band enthält die Schriften von Marx und Engels in denen sie sich bis zur Schwelle des Socialismus entwickeln, den begründet zu haben ihr unsterbliches Verdienst ist.

Der zweite Band, der Mitte Februar nächsten Jahres erscheinen soll, wird alles enthalten, was sie in der theoretischen Begründung und Entwicklung ihres neu gewonnenen Standpunktes gearbeitet und mit andren Richtungen der Zeit durchkämpft haben, bis zum kommunistischen Manifeste, der klassischen Geburtskunde des modernen wissenschaftlichen Kommunismus.

Endlich der dritte Band wird Mitte April nächsten Jahres ihre Aufsätze aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und deren Revue veröffentlichen, also die praktischen Proben auf die Nichtigkeit ihrer theoretischen Resultate. Damit ist die erste Periode in der öffentlichen Wirksamkeit für Marx und Engels abgeschlossen.

Dazwischen werden Mitte November dieses Jahres die Briefe Lassalles an Marx und Engels ausgegeben werden, die zwar in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der vorliegenden Sammlung stehen, aber sie ihrem Wesen nach für die fünfziger Jahre fortsetzen, indem sie für dies Jahrzehnt die sicherste und klügliche Grundlage bieten, sowohl für die Geschichte des modernen wissenschaftlichen Kommunismus, als auch für die Biographien seiner klassischen Vorläufer.

Aus Schwarzburg-Rudolstadt. Trotz des Verbots des Parteitagess kamen die Delegierten am 8. September in dem dafür bestimmten Lokal „Schwarzer Adler“ in Grünau, natürlich unter polizeilichem Schutz, zusammen, um in privatem Gespräch zu erledigen, was in öffentlicher Versammlung zu thun und die hochwohlweise Polizei hinderte. Es ging auch so. Als Protest gegen das Parteitagss-Verbot sind für den 21. und 22. September 15 Versammlungen geplant mit der gemeinsamen Tagesordnung: „Das Vereins- und Versammlungsrecht in Deutschland“. Natürlich werden die meisten derselben wiederum verboten werden. Doch was thut das; es geht vorwärts, das ist die Hauptsache.

Polizeiliche Censur in Sachsen. Neben den „diskretionären Vollmachten“ die Censur. Das hat für Sachsen wahrhaftig gerade noch gefehlt. Wahrscheinlich wir haben es längst verlernt, schreibt unser Jüdischer Parteiblat, und über irgend etwas zu wundern, aber das Folgende dürfte denn doch alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen — und das will doch für Sachsen gewiß etwas heißen. Man höre nur:

In Milßen St. Jakob, 1 1/2 Stunden von Jüdisch entfernt, fand am Sonntagmorgens eine öffentliche Volksversammlung unter freiem Himmel statt, in welcher Genosse Schöpflein Chemnitz über den Hungertarif referierte. Nachdem der Referent beendet, verlas der Vorsitzende der Versammlung eine Resolution, die sich im Sinne des Referats ansprach. Aber noch ehe die Resolution bis zur Hälfte vorgelesen war, ließ der Heberwache, ein Beamter der Amtshauptmannschaft Glaucha, ein dreimaliges „Halt, halt, halt!“ ertönen. Verdutzt schaute alles drein und nun entspann sich folgender Dialog:

Heberwache: „Ich kann Sie nicht weiter lesen lassen, der Sach von der „Interessenpolitik der Regierung“ muß aus der Resolution heraus!“

Vorsitzender: „Ich mache den Herrn Beamten darauf aufmerksam, daß er kein Recht hat, die Censur über eine Resolution auszuüben, noch ehe er den Wortlaut derselben kennt. Aber ich bin gezwungen, der Aufforderung nachzukommen und streiche hiermit den inkriminierten Satz!“ (Will weiter lesen)

Heberwache: „Halt, halt! Ich kann so schnell nicht folgen, geben Sie mir die Resolution mal her!“

Vorsitzender (zum Beamten): „Sie haben auch hierzu kein Recht, ich habe Ihnen bereits erklärt, daß ich Ihnen die Resolution am Schlusse der Versammlung im Original zur Abschrift überlassen werde. Zunächst muß ich aber dringend darum ersuchen, mich zu Ende lesen zu lassen.“

Heberwache: „Ich lasse das nicht zu, ich will die Resolution erst jehen!“

Vorsitzender: „Sie werden die Resolution nicht erhalten, da das Verlangen ein ungeschicktes ist.“

Heberwache: „Ich erkläre die Versammlung für aufgelöst!“

Vorsitzender: „Mit welchem Rechte und aus welchem Grunde? Sie werden Ihrer vorgelegten Behörde über diese willkürliche Maßregel Rechenschaft zu geben haben!“

Heberwache: „Geben Sie sofort die Resolution heraus!“ (Allgemeines Lachen.)

Vorsitzender (die Resolution in die Tasche steckend): „Was fällt Ihnen denn eigentlich ein? Sie haben doch längst aufgelöst, halten Sie uns denn wirklich für so dumm?“ Der Beamte wird rot und verlegen, die Menge jubelt dem Vorsitzenden Bravo zu, und 4 bis 5 Gendarmen kamen, um die Menge auseinander zu treiben. In diesem Augenblicke bringt der Vorsitzende ein Hoch auf die Socialdemokratie aus, in welches die etwa 500—600 Anwesenden begeistert einstimmten.

Dem Protest gegen den Protowache war damit keine Einbuße gezeichnet, zudem aber die politische Rechtfertigung, die durch das Verhalten des Beamten zum Ausdruck kam, der Bevölkerung recht wohltham zum Bewußtsein gebracht.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.
— Wegen Verhörung der könig. Geburtstagsfeier in Plauen wurde der verantwortliche Redacteur der „Sächsischen Arbeiterzeitg.“ in Dresden zu 800 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Allgemeiner deutscher Junungs- und Handwerkeritag.

Gottha, den 9. September.

Nachdem die üblichen Begrüßungsreden der Regierungsvertreter gehalten waren, begannen heute die Verhandlungen unter Teilnahme von ca. 600 Vertretern. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Abgrenzung von Fabrik und Handwerk“ begab die Verhandlungsleiter Kaiser-Leipzig folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

1. Die obersten Verwaltungsbehörden sind aufgefordert zu ersuchen, auf dem Wege der Verordnung die kompetenten Organe zu verständigen, daß gemäß der Tendenz der Junungs-Gesetzgebung bei Beurteilung von aus § 100 f Abs. 1 entfallenden Streitigkeiten den §§ 127 und 131a der R.-G.-O. ausschlaggebende Bedeutung beizumessen sei.

2. Die Auslegung des § 100 f der R.-G.-O. seitens der Behörden widerspricht der Tendenz der Junungs-Gesetze, sie macht nicht nur jede gesunde Bildung von Zwangsummungen unmöglich, sondern sie muß die Grundlagen der gesamten gewerblichen Erziehung auf das tiefste erschüttern. Die Leistungsfähigkeit des deutschen Handwerks wird hierdurch ebenso gefährdet, wie die der deutschen Industrie überhaupt.

3. Wenn hohen Bundesrat wie beim Reichstoge eine Abänderung des § 100 f der R.-G.-O. im Sinne der ersten Verleipischen Handwerker-Genossenschafts-Vorlage zu beantragen, nach welcher jeder, welcher handwerklich ausgebildete Arbeiter in dem gelehrten Beruf beschäftigt, als zwangsummungenpflichtig zu betrachten ist.

4. Sofort in die Agitation für die bevorstehenden Reichstags-wahlen einzutreten und dafür Sorge zu tragen, daß bei denselben die deutschen Handwerker nur diejenigen Parteien und Kandidaten unterstützen, welche für die im Interesse der Existenz des deutschen Handwerks und für das weitere Wachsen der heimischen Industrie nötige Abänderung der Reichs-Gewerbe-Ordnung zu wirken versprechen.

5. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse den Vorstand des Centralausschusses vereinigter Junungsverbände Deutschlands zu beauftragen und denselben anheimzugeben, sich durch Vertrauenspersonen aus den verschiedenen deutschen Gaue zu verstärken.

Zur Organisation des Handwerks und über den Befähigungsnachweis sprach Baummeister F. L. J. G. Redner bezeichnet die jetzige Gewerbe-Ordnung als Gewerbe-Unordnung und Unfreiheit. Früher referierte sich das deutsche Handwerk aus den

besten Kreisen, heute mache die Profetarisierung des Handwerks rapide Fortschritte. Die deutsche Gesetzgebung habe sich bis jetzt nur mit Befehlen der Arbeiter beschäftigt, man möge jetzt mal Befehle im Interesse des Mittelstandes machen. Die Arbeiterschutts-Gesetze haben nicht die gewaltige Arbeiterbewegung verhindern können, und sei es höchste Zeit, dagegen Befehle zu machen, ehe es zu spät sei. (Beifall.) Die Zwangsummungen müßten ferner das alleinige Recht haben, Lehrlinge auszubilden.

Me yner-Knecht erklärt, daß es ursprünglich die Absicht des Central-Ausschusses gewesen sei, den Befähigungsnachweis überhaupt nicht auf die Tagesordnung zu setzen, nur durch sein und der Hannoveraner Eintreten sei dies noch zu Stande gekommen. Er beantrage, das Befähigungsnachweis-Gesetz so weit als es noch möglich sei, zur Durchführung zu bringen.

Reichstags-Abgeordneter Jacobsdörfer beklagt sich darüber, daß er schon als Vertreter des Handwerks bezeichnet sei, weil er den Befähigungsnachweis in vielen Gewerben als unnötig bezeichnet habe, er sei aber mit der Resolution in der jetzigen Fassung einverstanden. Im Sinne dieser Ausführungen gelangte eine Resolution zur Annahme.

Die Delegierten der Zwangsummungen in Hamburg, Kiel und Hannover haben an der Zwangsummungen deshalb kein Vergnügen, weil die Sociis den alten Weistern das Leben so schwer machen; sie verlangen gezielte Mittel zur Ausdehnung.

Die Vätermeister verlangen Aufhebung von § 100 q, welcher eine Preisfestsetzung der Waren verbietet. Reichstags-Abg. Pauli warnt, man solle nicht Beschlässe fassen, welche ein mittelbäiges Lächeln vernichten. Die Aufhebung des § 100 q wird mit schwacher Majorität beschloffen.

Sodann gelangte folgende Resolution zur Beratung:

„In Erwägung, daß in den meisten Zweigen des deutschen Handwerks eine sichtliche Abnahme der Lehrlinge vor sich geht und man vielfach von Lehrjungsnot sprechen kann; in fernerer Erwägung, daß einerseits laut § 130 der R.-G.-O. schon die Junung berechtigt ist, bis zu einem gewissen Maße Bestimmungen über das Lehrlingswesen zu treffen, andererseits die untere Verwaltungsbehörde aus § 128 der R.-G.-O. von Fall zu Fall vorkommenden Ausschreitungen im Lehrjungsweisen entgegenzutreten kann, hält der allgemeine deutsche Junungstog zu Gotha es für verfrüht, wenn jetzt schon, wo knapp das neue Handwerkesgesetz in Kraft getreten ist, Handwerkskammern mit dem Gelfasse von generellen Vorschriften in Bezug auf die höchste zulässige Zahl der Lehrlinge, sowie die Dauer der Lehrzeit für die verschiedenen Handwerkszweige vorzugeben.“

Trotzdem in der Debatte festgestellt wurde, daß Schlossermeister mit 20—30 Lehrlingen, dabei nur 2—3 Gehilfen arbeiten, wurde nach heftiger Debatte und mehrfacher Abstimmung die Resolution mit winziger Majorität angenommen.

Gewerkschaftliches.

Stuisarbeiter! Eisenhäuler! Handvergoldner! In der Stuisarbeiter-Vereinigung von St. Johann, Chemnitz, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Buchbinder-Verbandes.

Deutsches Reich.

Zum Generalfreier der Flaschenmacher. Unser hannoversches Partei-Organ, der „Vollwille“, berichtet aus Nienburg:

Eine Anzahl freiländer Glasarbeiter der H. Heheschen Glasfabrik, deren Söhne noch kontraktlich verpflichtet sind, ihre Lehrzeit bei genannter Firma innezuhalten, erhielten folgendes Schreiben zugestellt:

„Ihr Sohn, der Glasmacherlehrling R. A., hat im Laufe der letzten Zeit sich durch fortgesetzte Faulheit ausgezeichnet. In Gemäßheit des § 19 der Arbeitsordnung setze ich gegen denselben daher hiermit zunächst eine Strafe von einer Mark fest, bemerke jedoch gleichzeitig, daß ich bei fortgesetzter Faulheit von der mir nach § 8 des mit Ihnen abgeschlossenen Lehrvertrages zustehenden Befugnis, die Lehrzeit bis zu einem vollen Jahre zu verlängern, sofort Gebrauch machen werde.“

Einige Einwendungen gegen diese Befestigung sind bis zum Dienstag, den 10. September ex., bei mir anzubringen.“

Der Lehrvertrag bietet, wie der „Vollwille“ konstatiert, thafächlich eine Handhabe zur Befestigung von Strafen und zur willkürlichen Verlängerung der Lehrzeit, wie in obigem Schriftstück angedroht ist. Diese Thatsache ist ein neuer Beweis dafür, wie meisterhaft es Herr Heje — und vielleicht auch andre Glasfabrikanten — versteht, die wirtschaftliche Macht, welche er über die Arbeiter seines Betriebes hat, zu seinem Vorteil in der weitgehendsten Weise auszunutzen. Kein unabhängiger Mann würde einen solchen Vertrag abschließen, der dem Lehrherren die Möglichkeit giebt, die Lehrlinge durch Verlängerung der Lehrzeit für die „Sünden“ ihrer Väter zu strafen. Darüber wird wohl kein Zweifel bestehen, daß man die angebliche Faulheit (welch bedauerbarer Begriff!) der Lehrlinge nur deshalb entbedt hat, weil deren Väter streiken. Man glaubt eben durch dies Mittel die Streikenden einzuschüchtern und zur bedingungslosen Auf-nahme der Arbeit zu veranlassen. Aber auch dieses Kampfmittel dürfte gleich andren seinen Zweck verfehlen.

Gegen den bekannten Artikel der „Holzarbeiter-Zeitung“, der sich mit dem Glasarbeiterstreik befaßt, nahm eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiter-Verbandes in Hensburg eine Protestresolution an.

Die Centralcommission der Gewerkschaften Elsaß-Lothringens, welche im März d. J. in Straßburg eingeleitet wurde, hat kürzlich ihren ersten Thätigkeitsbericht erstattet. Der Commission gehören die Gewerkschaften in Colmar, Mühlhausen, Gebweiler und Straßburg an, während das Arrondissement von Metz dem Anschluß widersteht. — Der Stand der Gewerkschaftsbewegung in Elsaß-Lothringen ist folgender: In Straßburg sind ca. 1800 Arbeiter (gegen 2000 im Vorjahre) organisiert. Der Rückgang trifft hauptsächlich das daniederliegende Baugewerbe, wozu auch die Leiharbeit der Bauhandwerker ihr Teil von Schuld beiträgt. Organisiert sind 23 Berufe, davon zwei in Localvereinen. In Colmar besitzen neun Verbandsmitglieder 269 Mitglieder, während in Mühlhausen 372 Mitglieder in zehn Filialen organisiert sind. Das Bild ist zur Zeit wenig erfreulich und beweist, welch großes Feld eine energische Agitation hier noch vor sich hat.

Der elsäß-lothringische Buchdrucker-Verband beabsichtigt, veranlaßt durch die in den verfloffenen Jahren so außerordentlich stark gestiegenen Lebensmittelpreise, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Zeitpunkt für das Vorgehen des Verbandes, so erklärte der Vorsitzende des letzteren, scheine aus dem Grunde besonders geeignet, weil in diesen Tagen auch die Gewerkschaft ganz Deutschlands gemeinsam mit den Prinzipalen an die Neuregelung des jetzt geltenden Tariffs herantrete. Der Verband fordert: 1. Erhöhung des Minimums von 20,50 Mk. auf 22,50 Mk. 2. Erhöhung der Grundpositionen für die berechnenden Scher um 10 Proz. 3. Die Erhöhung des Minimums kommt auch den über Minimum Entlohnungen zugute. 4. Neuregelung der Lehrjungsfilialen.

Wegen Verhörung eines Streikbrechers beim Malerstreik in Bremen wurde der Maler Malke zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Die Motordroschkenfahrer in Köln haben am Sonntag-nachmittag zum größten Teil die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Ueber den amerikanischen Stahlarbeiterstreik bringt unser Parteiorgan, die „New Yorker Volkszeitung“ vom 31. August einen längeren Artikel, welcher in Bezug auf die demalige Situation des Streiks sagt: „Die Schlacht sieht“. Daß der Streik nicht die von den Leitern derselben erwartete Ausdehnung angenommen hat, insbesondere, daß die Chicagoer Mitgliedschaft der „Amalgamated“ — der den Streik führenden Organisation — sich dem Streik nicht angeschlossen hat, wird

durch die Ausführungen der „New Yorker Volkszeitung“ bestätigt. Unser New Yorker Bruderblatt nennt die Gehorsamsverweigerung (gegenüber der Streikorder) der Arbeiter in Chicago, dieses wichtigen Position des Truffs, ein schmachvolles Schauspiel, welches nicht aufgeführt worden wäre, wenn Schaffer, der Leiter des Streiks, nicht vor dem Entscheidungslampf eine zögernde, ungewisse Haltung beobachtet und den richtigen Zeitpunkt zur Proklamierung des allgemeinen Ausstandes verpaßt hätte.

Ueber die Bedeutung des Chicagoer Zwischenfalls sagt die „New Yorker Volks-Zig.“:

„Mit der zweiten Aufforderung an die Chicagoer, welche wirkungslos blieb, wurde der künftige Charakter des Kampfes bestimmt. Traten die Chicagoer in Reich und Glied, so wurde es fortan eine Purra-Kampagne, ein Sturmangriff auf den Truff, denn dieser nur unter den ungeheuersten Opfern hätte widerstehen können; denn seine Aktien wären ins Bodenlose gefallen, wenn nicht kolossale Summen, die zunächst verloren waren, zum Ankauf aller Aktien geopfert worden wären. Es wird wohl erst später bekannt werden, welche Einflüsse in Chicago mitgewirkt haben, um diesen wichtigen Punkt für den Truff zu retten. In solchem Falle ist bekanntlich „Money no object“. (Spielt Geld keine Rolle.)

Nach der Niederlage von Chicago — so fährt unser Bruderblatt fort — konnte nunmehr alles auf die Fähigkeit und Ausdauer der Streikenden an. Die Zahl der Ausständigen, einschließlich der durch den Streik in Mitleidenhaft gezogenen Arbeiter betrage 60.000. In finanzieller Hinsicht sei die Lage der Streikenden nicht unangenehm. Wenn es aber dem Truff gelänge, für die qualifizierte Arbeit Streikbrecher zu erlangen, so würde die Zukunft vor dauerndem Verlust der Stellung bei den Streikenden demoralisierend wirken.

Nachdem die Chicagoer Streiks zu Gunsten des Truffs entschieden worden war, stiegen seine Aktien, wenn auch unbedeutend. In der Presse lasse der Truff verkünden, daß seine Produktion sich auf 618.000 Tonnen Stahl monatlich belaufe, gegenüber 700.000 Tonnen in streifloser Zeit. Das würde, falls diese Angaben richtig sind, ein bedeutender Anstieg sein, jedoch könne von einem Anstieg der Stahlproduktion keine Rede sein. Von der Zinnplattenproduktion schweigen die Organe des Truffs aus guten Gründen, denn diese Produktion betrage höchstens 10 Prozent der regulären.

Vermittlungsversuche seien von Versuchen und Unversuchen gemacht, aber ohne Erfolg. Die „New Yorker V.Z.“ schließt ihren Artikel mit der Bemerkung:

Der Streik ist noch nicht in das Stadium getreten, um eine der beiden Parteien zum Nachgeben zu veranlassen. Erst jetzt, nachdem der erste Einheitsbescheid in Canal Dover, in Ohio, erlassen wurde, fängt die Sache an, sich gefährlich zuzuspitzen. Mit den Einheitsbescheiden kommen die Scabs, und mit diesen die Aktion der Streiker, die Scabs mit allen Mitteln fernzuhalten.

Seit der Veröffentlichung des vorstehend citierten Artikels sind Nachrichten von Bedeutung noch nicht eingetroffen, so daß man also annehmen kann, eine Veränderung in der Situation des Streiks sei weder zu Gunsten noch zu Ungunsten desselben eingetreten.

Gerichts-Beitrag.

Vom Thorner Geheimbund-Prozess. Aus der Verhandlung vom Montag ist noch nachzutragen, daß mehrere der Angeklagten entschieden, einem Geheimbund angehört zu haben. Auf die Frage des ersten Staatsanwalts an den Angeklagten G o n z, weshalb er die Angeklagten sämtlich als Mitglieder angegeben habe, wenn dies nicht der Fall war, bemerkt G o n z: Es sei bei seinem Verhör derartig auf ihn eingeredet worden, daß er alle polnischen Gymnasien als Mitglieder angab. Er habe aber nur vermutet, daß diese Mitglieder waren. Am Tage vorher war die Kommunikation. Bei dieser habe der Direktor und auch der Religionslehrer auf ihn sehr eingeredet, die Mitglieder alle zu nennen. Der Religionslehrer habe ihm gesagt, daß der geleistete Eid keine bindende Kraft habe. Daraufhin habe er schließlich alle diejenigen als Mitglieder angegeben, deren Namen ihm der Direktor genannt habe; er könne aber heute diese Angaben nicht aufrecht erhalten.

Spielbank und Dresdner Bank. Starke Zumutungen an die Zeitgläubigkeit eines Gerichtshofes stellte der 24jährige Geschäftsführer Karl K i n g e r, der sich wegen Unterschlagung einer Summe von etwa 2700 M. vor der vierten Ferien-Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. King er war Geschäftsführer in der hiesigen Cigarettenfabrik „Argos“; er war bisher unbescholten und ist im Besitz sehr guter kaufmännischer Zeugnisse. Wie es scheint, ist er ein Opfer des Spielteufels geworden, der ihn auf die schiefe Ebene gelockt hat. Im Jahre 1900 hat er schon einmal eine Reise nach Montecarlo unternommen und dort im Spielhaal 200 M. verloren. So daß ihm sein Chef Geld zur Rückreise schicken mußte. Im März zog es ihm wieder nach Montecarlo und er hat dort wieder all sein Geld verspielt. Im Mai reiste sein Chef zur Kur nach Wiesbaden und überließ, wie immer in solchen Fällen, dem Angeklagten die Führung der Hauptkasse während seiner Abwesenheit. Es war Usus im Geschäft, bei starker Ansammlung von baaren Geldern in der Hauptkasse einen mehr oder weniger großen Betrag nach der nahen Filiale der Dresdener Bank am Spittelmarkt zu bringen. Während der Pfingsttage wollte der Angeklagte angeblich eine kleine Pfingstfahrt nach Stettin machen. Am Pfingst-Sonntag verließ er das Geschäft unter der Angabe, daß er 2000 M. aus der Hauptkasse entnommen habe und nach der Filiale der Dresdner Bank bringen wolle. Die Einzahlung derselben ist aber nicht erfolgt. Am Mittag des Pfingst-Sonntags reiste der Angeklagte in Begleitung seiner Braut von hier ab, das Pärchen fuhr aber nicht nach Stettin, sondern direkt — nach Spaa. Am 28. Mai kehrte der Angeklagte nach Berlin zurück, nachdem er in Spaa an der Spielbank wiederum Unglück gehabt hatte. Er schrieb dann von hier aus an seinen Chef, daß er zur Erledigung privater Angelegenheiten sich noch einen kurzen Nachurlaub erbitten müsse, ließ sich von der Tageskassiererin die von dieser inzwischen vereinnahmte Summe von etwa 700 M. ausantworten und fuhr nochmals nach Spaa, wo er die 700 M. wiederum verpielte. Hiemlich abgebrannt kam er nach Düsseldorf, und hier packte ihn der Gedanke, doch noch einmal sein Glück zu versuchen. Er wandte sich an seine Braut in Berlin, die auf seinen Wunsch 200 M. zusammenbrachte und ihm telegraphisch nach Düsseldorf sandte. Nun kehrte er heimlich nach Spaa zurück und opferte auch den größten Teil dieses Geldes dem Spielteufel. Inzwischen war sein Nachurlaub überschritten und sein Chef sah Verdacht, der durch den Umstand verstärkt wurde, daß man beim Öffnen des Geldschrankes in der Hauptkasse nur einen winzigen kleinen Bestand vorfand. Eine Anfrage bei der Dresdener Bank ergab dann, daß dort die 2000 M. überhaupt nicht eingezahlt worden waren. Der Angeklagte wurde bei seiner Rückkehr am 4. Juni auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof verhaftet. Er gab zu, die zuletzt empfangenen 700 M. zu eigenem Nutzen verbraucht zu haben, bestritt aber mit äußerster Lebhaftigkeit die Unterschlagung an den 2000 M. Er behauptete, daß ihm diese in einem Omnibus g e s t o h l e n worden seien. Obgleich die Filiale der Dresdener Bank nur 3 Minuten vom Geschäft entfernt ist, will er doch einen vorbeifahrenden Omnibus, mit dem er zunächst nach dem Potsdamer Thor fahren wollte, bemerkt haben. Im Omnibus habe er das Kurbuch studiert und das Couvert mit den 2000 M. leichtsinniger Weise neben sich gelegt. Zu seinem Entsetzen habe er dann plötzlich bemerkt, daß das Couvert verschwunden war. Das Entsetzen muß immerhin nur ein ganz innerliches gewesen sein, denn er hat nicht Alarm geschlagen, hat nicht die Hilfe des Schaffners oder gar der Polizei in Anspruch genommen, sondern ist ruhig und vergnüglich nach Spaa gereist. Er wollte den Gerichtshof glauben machen, daß seine dreimaligen Ausflüge dorthin nur dem heberhaften Bestreben entspringen seien, an die Wilde der Göttin Fortuna zu appellieren, um vielleicht durch einen Schlag in der Spielbank seinen fürchterlichen Verlust wieder ausgleichen zu können, ehe sein Chef etwas merkte. Staatsanwalt-Assessor B e n s e meinte, der Angeklagte werde wohl kaum erwarten können, daß ihm ernste Männer solche Kindermärchen glauben. Er beantragte gegen ihn ein Jahr Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust. Rechtsanwalt

Dr. Schwindt hat dagegen, doch zu erwägen, daß die Angaben des Angeklagten, so merkwürdig sie klingen, doch wohl sein könnten. Der Angeklagte sei ein fleißiger, tüchtiger, sehr bescheiden lebender Mann gewesen, dem seine Braut unter ihrem Eide attestiert habe, daß er in Spaa nur geringe Mittel zur Verfügung gehabt und 2000 M. sicher nicht bei sich geführt habe. Es liege deshalb doch im Reiche der Möglichkeit, daß ihm das Geld abhandeln gekommen sei und er es nachträglich am Spielteufel wiedergewonnen wolle. — Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts und verurteilte den Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis, rechnete aber 1 Monat Untersuchungshaft an.

Versammlungen.

Die Kupferschmiede hielten am Sonnabend im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung ab, in der über den Hamburger Streik diskutiert wurde. Der Obmann des Ausschusses des Vereins der Kupferschmiede Deutschlands, C. F r i e d r i c h, der hierüber referierte, war am 10. August nach Hamburg delegiert worden, um den dortigen Kollegen die Beendigung ihres Streiks, den der Ausschuss für verloren ansah, zu empfehlen, und hatte bei der Gelegenheit auch eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Verbandes der Eisenindustriellen gehabt, die aber erfolglos war. Die Lohnkommission der Hamburger Kupferschmiede hält nun das Eingreifen des Obmannes des Ausschusses für verfehlt und hat ihm darüber schwere Vorwürfe gemacht. Der Ausschuss hat sich gegen diese Vorwürfe bereits in einem Flugblatt verteidigt, dem jetzt nach Beendigung des Streiks, ein andres seitens der Lohnkommission entgegengestellt wurde. F r i e d r i c h legt in seinem Referat nochmals die Gründe dar, die den Ausschuss zu seinem Vorgehen veranlaßt haben und empfiehlt schließlich die folgende Resolution: Die Versammlung beantragt, den Beitrag zum Dispositionsfonds bis auf weiteres auf 50 Pf. pro Woche zu belassen. Die Unterstellungen werden nach der Zahl der Streikenden und nach dem Erneuern der Kommission nach Hamburg gefandt. — Die Vertrauensmänner sind befugt, die Beiträge bei geeigneter Zeit herabzusetzen.

In der Diskussion erklärten mehrere Redner, daß sie, ehe sie nicht genaue Kenntnis von dem Flugblatt der Lohnkommission genommen hätten, kein endgültiges Urteil über den Streitfall abgeben könnten. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntags vormittags die Bezirkskassierer im Gewerkschaftshaus anwesend sind und daselbst auch Prozeßsachen abgehalten wird.

Bzüglich des Berichtes des Vertrauensmannes erklärt F r i e d r i c h, daß er infolge Zeitmangels nicht in der Lage gewesen sei, den Bericht fertigzustellen und ihn deshalb in einer späteren Versammlung geben werde. Als Delegierter der Gewerkschaftskommission berichtet F r i e d r i c h besonders eingehend über den Streik der Flaschenmacher und giebt es der Versammlung anheim, ob sie trotz der großen durch den Hamburger Streik verursachten Ausgaben den Flaschenmachern eine Unterstüßung zukommen lassen will. Des weiteren macht der Redner noch auf den Labararbeiter-Streik aufmerksam und fordert zu strenger Beachtung des Bonfotts auf. — Die Versammlung beschließt, den Glasarbeitern 30 Mark zu bewilligen. — Ferner wird einstimmig beschlossen, die Kommission zu beauftragen, eine Statistik über die Beteiligung der Mitglieder am Dispositionsfonds am Jahresabschluss aufzustellen. — Zu Revisoren wurden gewählt: S t o d w a l d, R e u d n e r und L. S c h m i d t.

Die Laternenwärter hielten am Montag im „Englischen Garten“ eine öffentliche Versammlung ab, die sich zunächst mit der Frage befaßte: „Wie stellen sich die Laternenwärter zur Ablehnung der vom Arbeiterausschuß gestellten Anträge betreffs der Lohnzahlungstage am 1. und 16. eines jeden Monats?“ Hierzu referierte Vant. Die Laternenwärter erhalten ihren Lohn seit einiger Zeit erst am 5. und 20. des Monats ausbezahlt und da sie das Geld gewöhnlich sehr notwendig zur Miete gebrauchen, kommen sie durch diese späte Lohnzahlung oft in große Verlegenheit. Darum haben sie durch den Arbeiterausschuß beantragt, daß die Lohnzahlung wieder, wie früher, am 1. und 16. stattfinden. Der Inspektor G i l d n e r hat aber diesen Antrag rundweg abgelehnt. Er meinte, es müsse unbedingt an dem jetzigen Zahlungsmodus festgehalten werden. Wenn wirklich einer das Geld so notwendig brauche, könne er sich ja Vorlauf geben lassen. — Als aber dann wirklich einer um Vorlauf nachgesucht hätte, sei ihm gesagt worden: „Sie sind wohl der Aufwiegler in der Korporalchaft!“ Der Redner empfiehlt nun der Versammlung, daß in dieser Sache nicht nachgegeben werden solle. Man müsse nun zunächst bei der Deputation der Gaswerke, und wenn das erfolglos bliebe, beim Magistrat und bei den Stadtverordneten vorstellig werden. — Nach lebhafter Diskussion wird folgender Beschluß einstimmig angenommen: „Der Arbeiterausschuß wird beauftragt, bei der Deputation der Gaswerke dahingehend vorstellig zu werden, daß die Lohnzahlung wieder am 1. und 16. vorgenommen wird.“ — Darauf berichtet Vant über: „Die Arbeitsordnung in der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses.“ Auf den 20. Juli sei der Ausschuss vom Inspektor G i l d n e r vorgeladen worden. „Ich will Ihnen hier die Arbeitsordnung vorlesen“, hätte dieser gesagt. „Mache Sie aber gleich darauf aufmerksam: geändert darf nichts daran werden.“ Der Arbeiterausschuß hätte nun geglaubt, daß mindestens ein paar neue Paragraphen zu Gunsten der Arbeiter geschlagen worden wären. Da sei er aber gründlich enttäuscht worden. Die neue Arbeitsordnung hätte, wie die alte, hauptsächlich von Strafen gebandelt.

In der Diskussion werden mehrere Fälle von rigoroser Strafverhängung angeführt. Ein besonderer Uebelstand sei es, daß Inspektoren und Oberinspektoren die Strafen verhängten. Dagegen müsse verlangt werden, daß das nur von einer Stelle aus geschehen dürfe. In einem Monat seien allein von vier Korporalchaften 28 Mark an Strafgebühren eingegangen. Die Laternenwärter seien nicht darüber unterrichtet, wo eigentlich die Strafgebühren bleiben. Die folgende Resolution wurde hierzu einstimmig angenommen: „Die versammelten städtischen Laternenwärter protestieren energisch gegen die Behandlung, welche dem Arbeiterausschuß in Sachen der Arbeitsordnung kirchlich zuteil wurde. Wenn der Herr Beauftragte des Inspektors schon beim Beginn der Verhandlung erklärt, daß eventuelle Wünsche des Arbeiterausschusses nicht berücksichtigt werden, dann vermögen die Versammelten es überhaupt nicht einzusehen, welchen Zweck der Arbeiterausschuß haben soll. Die Versammelten hoffen, daß die städtischen Behörden dafür sorgen werden, daß der Arbeiterausschuß auch als eine wahre Arbeitervertretung von dem Beauftragten-Inspektor angesehen und dementsprechend behandelt wird.“

Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage: „Welche Aufgaben hat der Arbeiterausschuß in der Zukunft?“ Streife, der hierzu referierte, bezeichnete es als eine der zunächst zu stellenden Forderungen, daß eine andre Regelung des Urlaubs eingeführt werde. Jetzt dauert der Urlaub von dem Mittag des einen Tages bis zum Mittag des andern. Dabei seien sich die Laternenwärter häufig und besonders bei ungünstiger Witterung genötigt, während ihrer Urlaubzeit zu putzen, wenn sie sich nicht Zeitungen ausleihen wollten. Demgegenüber müsse verlangt werden, daß der Urlaub vom Morgen des einen Tages bis zum Morgen des andern dauere, und daß die Betreffenden auch während der Zeit von der Leiterbestellung befreit sein müßten; ferner müsse danach gestrebt werden, daß die Mitglieder des Arbeiterausschusses am Sitzungstage vom Dienst dispensiert würden. Schließlich müsse man auch auf eine Lohnaufbesserung hinarbeiten.

In der Diskussion leitete u. a. Bruno Pörsch das Reglement für die Arbeiterausschüsse. Die Bestimmung, daß die Ausschüsse über Dinge persönlicher Natur nicht verhandeln dürften, müßte beseitigt werden; die Arbeiterausschüsse müßten aber alle Angelegenheiten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, verhandeln können. Dabei zu wirken sei Aufgabe der Arbeiterausschüsse aller städtischen Arbeiter. Ferner weist Redner darauf hin, daß über drei Wochen im Gewerkschaftshaus eine Versammlung für alle städtischen Arbeiter sich mit der

Auffstellung eines allgemeinen Programms zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen wird.

Der Verband der Müßelkultivier (Hiliale Nixdorf) vollzog in der am 2. d. M. abgehaltenen Mitgliederversammlung die Auswahl des Vorstandes. Derselbe ergab folgendes Resultat: V o r s i t z e n d e r: Arthur B e g e r i g. V e i s s e r: Paul F i s c h e r. K a s s i e r e r: Johannes S c h ö n b e r g. B i b l i o t h e k a r: Karl N o d e. R e v i s o r e n: Paul W e i t h n e r, Paul R e b e l.

Treptow. Eine öffentliche Gemeindevähler-Versammlung fand hier am 9. September 1901 statt. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Bruns über das Thema: „Welche Interessen haben wir in der Gemeindevetretung?“ wurde in eine Diskussion über die bevorstehende Gemeindevetretung-Wahl und die Kandidatenfrage eingetreten. Da sich an der Diskussion sowohl unsere Partei-genossen wie auch freimüthige Gegner beteiligten, wurde dieselbe eine recht lebhaft. Als Kandidaten wurden aufgestellt die Genossen G e r i c h und C o r o w. Ferner wurde ein Wahlkomitee gewählt, bestehend aus den Genossen M i l l e r, K r e b s, L o n g e, G r a m e r z und T e e n d e. Nachdem noch der Vorsitzende Genosse K r o h n e die Anwesenheit ausforderte, am Tage der Wahl, Dienstag, den 17. September, pünktlich auf dem Posten zu sein, schloß er die Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Protokollversammlungen gegen den Protzwucher fanden am Sonntag in Neue Mühle und Hantels Ablage statt. Der Besuch beider Versammlungen war ein sehr starker. Die Anwesenden gehörten zum größten Teil der in der Umgebung von Königs-Büsterhausen wohnenden Landbevölkerung an. Reichstags-Abgeordneter Jubel referierte in beiden Versammlungen und legte unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden die Schädlichkeit der im Regierungs-entwurf festgelegten Zölle für Agrarprodukte sowie der bedeutenden Erhöhungen der Zölle für die Industrie dar. Nachdem in der Diskussion Frau Weich die vielen anwesenden Frauen zur regen Agitation gegen den Protzwucher und zum Unterschreiben der Petitionslisten aufgefordert hatte, wurde eine Resolution angenommen, welche gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle protestiert und als einzige V e s t e n e r u n g eine nach oben steigende direkte Reichs-Einkommensteuer fordert.

Erklärung.

Bei der Konferenz für den Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barim hat der Abgeordnete Stadthagen nach dem Bericht des „Vorwärts“ vom 3. September 1901 gesagt:

„Die Socialistischen Monatshefte“ seien für die Arbeiterchaft völlig wertlos, durchaus nicht empfehlenswert und ein rein privates, mit der Partei in keiner Beziehung stehendes Unternehmen. Trotzdem werde mit allen Mitteln versucht, den Schein zu erwecken, als seien diese Hefte eine socialdemokratische Zeitschrift.“

Die unterzeichnete Redaktion der „Socialistischen Monatshefte“ hat keine Veranlassung, sich mit dem Abgeordneten Stadthagen über den Wert der „Socialistischen Monatshefte“ auseinanderzusetzen. Das Urteil hierüber dürfte bei den Genossen, die darüber zu urteilen kompetent sind, feststehen und durch die Meinung des Abgeordneten Stadthagen schwerlich erschüttert werden. Dagegen hat die Redaktion der „Socialistischen Monatshefte“ zu der im zweiten der angeführten Sätze enthaltenen Bemerkung folgendes zu erwidern:

Die „Socialistischen Monatshefte“ sind allerdings nicht ein Organ, das der Kontrolle der offiziellen Parteileitung der deutschen Socialdemokratie unterstellt wäre. Die „Socialistischen Monatshefte“ können eine solche offizielle Stellung nicht wünschen, weil es nicht Sache einer politischen Partei sein kann, für wissenschaftliche Meinungen eine Verantwortung zu übernehmen. Die „Socialistischen Monatshefte“ bringen ihre Stellung selbst dadurch zum Ausdruck, daß sie sich auf jedem Hefte als

unabhängiges Organ für alle Anschauungen auf dem gemeinsamen Boden des Socialismus

bezeichnen, und die unterzeichnete Redaktion weist mit Entschiedenheit die Unterstellung zurück, als ob sie den „Schein“ eines offiziellen Abhängigkeitsverhältnisses von der Partei-Organisation zu erwecken suchte. Mit derselben Entschiedenheit hält sie aber auch daran fest, daß die „Socialistischen Monatshefte“ eine socialdemokratische Zeitschrift sind.

Es bedarf für denkende Genossen nicht der Bemerkung, daß hierüber nicht die Thatsache, ob eine offizielle Kontrolle durch den Parteivorstand stattfindet oder nicht, sondern der Inhalt des Blattes entscheiden muß. Die „Socialistischen Monatshefte“ erörtern alle Probleme des Gesellschaftslebens und der Politik vom socialdemokratischen Standpunkte aus, und sie thun dies nicht, wie der Abgeordnete Stadthagen ohne ein Wort der Begründung behauptet, „zum Schein“, sondern weil das dem Programm der Zeitschrift entspricht. Getreu diesem Programm halten sie auch ihre Spalten jeder Richtung im Socialismus offen. Bei Stoffen allgemeiner (philosophischer, literarischer u.) Natur haben sie allerdings — ebenso wenig wie die offiziellen Parteiblätter — keinen Anlaß, die Mitarbeit von der formellen Parteizugehörigkeit abhängig zu machen.

Für Genossen, die die „Socialistischen Monatshefte“ nicht kennen — und wohl nur auf solche kann Abg. Stadthagen bei seinem Angriffe gerechnet haben — sei hervorgehoben, daß die Mitarbeiter des Blattes, soweit sie dem Deutschen Reich angehören, zum großen Teil offizielle Vertrauensstellungen in der socialdemokratischen Partei (als Mitglieder des Parteivorstandes, Abgeordnete des Reichstags und der Landtage, Kommunalvertreter, Parteiredacture und dergleichen) einnehmen oder leitende Rollen in der Gewerkschaftsbewegung spielen, und daß sich unter den ausländischen Mitarbeitern eine Anzahl der ersten und anerkanntesten Führer unserer ausländischen Bruderparteien befinden.

Wenn der Abgeordnete Stadthagen in den Arbeiten aller dieser hervorragenden Genossen den Geist der Socialdemokratie nicht gefunden hat, so dürfte das an ihm selber liegen. Die unterzeichnete Redaktion würde glauben, ihre Mitarbeiter zu beleidigen, wenn sie es unternehmen wollte, sie gegen so aus der Luft gegriffene Beschuldigungen auch nur mit einem Worte zu rechtfertigen.

Die Redaktion der „Socialistischen Monatshefte“.

J. Bloch.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Trief, 10. September. (W. S.) Das Etablissement der hiesigen Aktiengesellschaft für vegetabilische Oele in St. Andrae ist total niedergebrannt. Der Schaden beträgt circa fünf Millionen Kronen.

Badapost, 10. September. (W. S. W.) Die der „Pester Lloyd“ meldet, werde die Entscheidung in der Geschüßfrage in diesem Jahre nicht mehr getroffen werden. Die Verhandlungen fortgesetzt. Den springenden Punkt in der Geschüßfrage bilde nicht mehr das Rohmaterial, sondern das Lafettensystem.

Paris, 10. September. (W. S. W.) Die Leiter der italienischen Geheimpolizei in Frankreich, Feridun Bei und Simpan, sind, wie halbamtlich bestätigt wird, aus Frankreich ausgewiesen worden.

Kimberley, 10. September. (W. S. W.) Der Gerichtshof für Hochverratsergehen verurteilte heute den holländischen Geistlichen Adernann zu 1 Jahr Gefängnis und 250 Pfund Sterling Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle zu weiteren 6 Monaten Gefängnis. Der Verbreiter Herold in Warrenton wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 500 Pfund Sterling Geldstrafe bzw. noch 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Kapstadt, 10. September. (W. S. W.) Es sind 400 Erlaubnis-scheine zur Miltelst nach Johannesburg an Filialtlinge in verschiedenen Rollen der Kapkolonie ausgestellt worden. Es verlautet, daß wenigstens 1000 weitere Scheine binnen kurzer Zeit ausgestellt werden sollen.

Hokohama, 10. Sept. (W. S. W.) Der Mörder des früheren Ministers D o k i, T o r u ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Kongress der Orts-Krankenkassen.

Stuttgart, 8. September 1901.

Der Kongress des Centralverbandes von Orts-Krankenkassen in Deutschland trat heute hier in Saale des Bürgervereins zu- sammen. Es ist die achte dieser Jahresversammlungen. In den Kosten des Kongresses, die von den Stuttgarter Orts-Krankenkassen getragen werden, hat die Stadtgemeinde Stuttgart einen Beitrag bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die heutige Vorversammlung nahm die Bureauwahl vor und setzte die Tagesordnung fest. Als Vorsitzende wurden gewählt: Braun-Leipzig, Witz-Stuttgart und Graf-Frankfurt a. M. Im Vordergrund der Verhandlungen soll die Ärzte- und Apothekerfrage stehen. Hierzu liegen sechs Entwürfe vor. Das einleitende Referat über „Krankenkassen, Ärzte und Apotheker“ hat Dr. Friedeberg, Berlin übernommen. Daraus wird sich die Verteidigung einer großen Anzahl Abänderungsanträge schließen, die von verschiedenen Orts-Krankenkassen zum Krankenversicherungs-Gesetz gestellt werden. Ueber die „Krankenversicherung und die Arbeiterwohnungsfrage“ wird Rechtsanwalt Dr. M. Mayer in Frankfurt (Main) referieren. Von mehreren Seiten sind Petitionen gegen die drohende Erhöhung der Getreidezölle vorgelegt. Den Schluß der Verhandlungen, für die zwei Tage in Aussicht genommen sind, wird die Besprechung praktischer Verwaltungsfragen bilden.

In den Verhandlungen des Kongresses, an dem 134 Delegierte als Vertreter von 1613 263 Kassennmitgliedern teilnehmen, hat die württembergische Regierung den Geheimen Ober-Regierungsrat Dr. Köhler, die Gemeinde Stuttgart den Gemeinderat Dr. Kettich und den Stadtdirektor Schmidlin entsandt. Als Gäste sind ferner erschienen die Reichstags-Abgeordneten Kammerpräsident Bayer (Südd. Volksp.), Diez (Soz.), Klotz (Soz.) und Professor Hieber (natl.) und die Landtags-Abgeordneten Keil (Soz.) und Hilgenbrandt (Soz.). Das Reichs-Versicherungsamt und das Reichs-Gesundheitsamt haben der Einladung wegen Überhäufung mit Geschäften nicht folgen können. Das Reichs-Gesundheitsamt sagt aber für die künftigen Kongresse die Entsendung eines Kommissars zu.

Geheimrat Dr. Köhler begrüßt den Kongress namens des Ministeriums des Innern, das den Verhandlungen des Kongresses das größte Interesse entgegenbringe. Handelt es sich doch darum, die Erfahrungen der Praxis für die Weiterentwicklung der sozialen Versicherungsgebarung nutzbar zu machen.

Gemeinderat Dr. Kettich heißt die Delegierten im Namen der Stadt willkommen. Ein Punkt der Tagesordnung sei von besonderer Wichtigkeit für Stuttgart: die Krankenkassen und die Wohnungsfrage. Das vor kurzer Zeit im Leben gerufene städtische Wohnungsamt habe große Aufgaben zu lösen. Der enge Zusammenhang zwischen Volks-Gesundheitspflege und Wohnungswesen liege klar zu Tage. (Beifall.)

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten. An den kurzen Bericht des Direktors Ullmann, Leipzig über die Tätigkeit der geschäftsführenden Kasse im abgelaufenen Geschäftsjahre knüpft sich keine Debatte.

Es folgt die Verhandlung über Krankenkassen, Ärzte und Apotheker.

Referent ist Dr. med. Friedeberg, Berlin: Wir sind in diesem Jahre genau in derselben unklaren Situation dem neuen Krankenkassen-Gesetz gegenüber, wie in Nürnberg. Die Regierung hat es nicht für nötig befunden, ihren Entwurf zu veröffentlichen, ja sie hat ihre Pläne noch mehr verschleiert. Wohl hat Staatssekretär Graf Saldow die den Regierungsrat Hoffmann vom preussischen Handelsministerium im Reichstage von seinen Rücksichten abzuhälteln gesucht, aber die Förderung Hoffmanns und des Geheimrats Bruner in höhere Stellungen beweist, daß die Regierung auf Beamte, die ihre Kraft in der Ausarbeitung reaktionärer Gesetzesentwürfe betätigen, nicht verzichten will. Mißtrauen ist nach wie vor geboten. Sollte die Novelle zum Krankenkassen-Gesetz sich auf der Basis der Hoffmannschen Vorlage bewegen, so werden wir ihr den äußersten Widerstand entgegenstellen. (Dravos) Bieleicht hat das einstimmige Votum meines Nürnberger Kongresses bewirkt, daß die Regierung ihren ursprünglichen Entwurf bis jetzt in der Tasche behalten hat. Die Krankenkassen sind ein wichtiger Grundstein für die friedliche Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Eine vernünftige Regierung sollte ihnen deshalb besonderes Wohlwollen entgegenbringen. Viel haben die Krankenkassen bereits für die materielle, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse geleistet. Es ist natürlich Unfug, den kranken Arbeiter vom geistigen zu trennen. Das, was der Arbeiter in gesunden Tagen verdient und zuzüglich ist, ja die Grundlage für die kranken Tage. Die Krankenkassen müssen deshalb enge Fühlung mit der Gewerkschaftsbewegung nehmen. Sind doch die Gewerkschaften auch eine Art Versicherung für die Arbeiter in gesunden Tagen. Alles was die Gewerkschaftsbewegung angeht, geht auch uns an. In den Zeiten wirtschaftlichen Niederganges laufen auch die Krankenkassen gewisse Gefahren. Es muß ihnen daran liegen, daß die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter gegen Verluße, ihre Lebenshaltung herabzusetzen, gestärkt wird. Die Hilfskassen sind zum Tode verurteilt. (Sehr richtig!) Regierung und Mehrheitspartei sind einig darin, ihnen den Garau zu machen. Die Hilfskassen sollten deshalb nicht warten, bis ihnen der Prozeß gemacht wird, sondern sich schon jetzt freiwillig auflösen und ihre gesamte Tätigkeit in die Gewerkschaften verlegen. Die Gewerkschaften würden dadurch um 3-400 000 Mitglieder vergrößert werden und eine Stabilität erlangen, die sie mehr als bisher in die Lage bringt, den Angriffen des Unternehmertums zu begegnen. Auch in idealer Beziehung haben die Krankenkassen viel geleistet, in der Umbildung des sozialen Bewußtseins. Durch die Krankenversicherung ist der Begriff des Almosen stark eingeschränkt worden. Weite Bevölkerungsteile, die früher den Anschauungen des Proletariats ganz fern standen, sind durch die Krankenkassen dem sozialen Gedanken gewonnen worden. Eine Erweiterung der Versicherungspflicht verlangen wir deshalb nicht bloß aus finanziellen, sondern auch aus idealen Gründen, und wir werden nicht eher ruhen, als bis das ganze deutsche Volk in die Versicherung einbezogen ist. Wir bringen in die Regierung, die Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf den Kreis der Versicherten gegen Invalidität vorzunehmen und die Familienversicherung einzuführen. (Zustimmung.) Größere Aufmerksamkeit sollten die Krankenkassen-Verwaltungen den Arbeiterinnen widmen. Daß die Frau immer mehr in den nationalen Wirtschaftsprozess eintritt, zeigt sich auch in den Mitgliederzahlen der Orts-Krankenkasse. Die Zahl der weiblichen Mitglieder bei allen Kassen ist von 1 195 000 im Jahre 1880 auf 1 686 900 im Jahre 1898 gestiegen. Leider werden die weiblichen Mitglieder von manchen Kassenverwaltungen als Ausbeuter der Kassen betrachtet. Immer heißt es: Ja, sie kosten uns mehr, als sie uns einbringen. Dieser Standpunkt ist falsch. Sie haben dafür zu sorgen, daß die Frau mehr Verständnis für die Fragen des öffentlichen Lebens bekommt. Die Krankenkassen sind das einzige öffentlich rechtliche Institut, wo den Frauen aktives und passives Wahlrecht eingeräumt ist. Warum sorgen Sie nicht dafür, daß auch Frauen zu Vorstandsmitgliedern gewählt werden. Weiter haben wir die Ausdehnung des Wählerinnenkreises und einen Schutz für Schwangere zu fordern. Wir dürfen nicht sagen: die Mittel reichen nicht aus. Wir müssen feststellen, was notwendig ist und dann werden auch die Mittel beschafft werden. Auch für die Resonanzcentrenpflege ist mehr zu thun, als bisher. Eine Umbildung des Begriffs „Krankheit“ vollzieht sich. Das Simulantenverhältnis spielt nicht die Rolle, die man anzunehmen geneigt war. Immer deutlicher wird die Not-

wendigkeit vorwiegend zu wirken. Hier müssen die Krankenkassen energischer auf ihre Mitglieder wirken. Und es geht ein frischer, frohlicher Zug jetzt durch die Verwaltungen. Die hygienischen Vortragschulen, die die Berliner Centralkommission veranstaltet hat, haben die Unterstützung von Staat und Gemeinde gefunden. Auch mit der Wohnungsfrage hat sich eine Berliner Ortskrankenkasse, die der Kaufleute, beschäftigt. Sie verwendet ihre Krankenkassenkontrolle als Wohnungsinpektoren, und läßt die Kranken, die in unzulänglichen Wohnungsverhältnissen leben, ins Krankenhaus bringen. Die Pflege der Statistik muß von den Krankenkassen energisch aufgenommen werden. Das wertvollste Material zur Verteilung der Wirkung von Lebenshaltung, Wohnung, Beruf, Geschlecht, Arbeitszeit auf die Mortalität und Morbidität ist vorhanden, muß aber gehoben werden. Hierzu ist ein einheitliches Schema für die statistischen Erhebungen notwendig, das vom Reichsamt des Innern herausgegeben ist. Als Unterlage sollte eine von uns gewählte Kommission einen statistischen Fragebogen entwerfen. Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß in den Verwaltungen der städtischen, bürokratische Zug zurückgetreten ist und das Interesse für die Versicherten vorherrschend ist. Aber dieses Lob kann nicht uneingeschränkt erteilt werden. Der Satz: das Proletariat ist ein schlechter Arbeitgeber! gilt leider auch bei uns. (Zustimmung.) Noch immer leiden viele Kassenbeamten unter schlechter Bezahlung. Ein schlecht bezahltes Beamtenamt aber ist ein Hemmschuh für die Kasse. Wo man lediglich auf die Gewinnung und auf die Willigkeit Rücksicht nimmt, fährt man am schlechtesten. (Lebhafte Zustimmung.) Auch müssen die Beamten eine größere Sicherheit erhalten, nicht bei jedem Jahreswechsel aufs Pflaster gesetzt zu werden. Wo in Arbeiterkreisen noch der Grundglaube herrscht: Ja, wir bekommen auch nicht mehr, muß damit aufgeräumt werden.

Auch die Kassenärzte werden von der Tendenz des Proletariats berührt, ein schlechter Arbeitgeber zu sein. Wir stoßen auf die betrübende Tatsache, daß es vielfach zum Kampf zwischen Kassen und Ärzten gekommen ist, wobei in der Erbitterung Unrecht auf beiden Seiten begangen worden ist. Beide Teile aber sollten vereint zu Gunsten der Kranken wirken. Zwietracht wirkt lähmend auf die Kassenentwicklung. Die Ärzte sind auch arme Teufel. (Oh! Oh!) Ja, das Wort: Golems giebt Schätze, ist schon lange nicht mehr wahr. Die Proletarisierung der Ärztekasse ist keine Fabel. Die Kassen sollten die Ärzte für ihre Leistungen anständig bezahlen, denn ein durch die Not forumpfiterter Ärztestand liegt nicht in ihrem Interesse. Versicherten sollten sie eine Monopolisierung der Ärztestellung. Darum empfiehlt sich die freie Arztwahl und der Abschluß von Kollektiv-Arbeitsverträgen mit den Ärzten eines Bezirkes. Organisation muß mit Organisation verhandelt. Die ärztliche Organisation greift regulierend bei ihren Mitgliedern ein und sorgt für eine vernünftige, gute Behandlung der Kassennmitglieder. Unterschätzen Sie diese Anregung nicht. Warten Sie nicht ab, bis die Regierung sich einmischt, zum Schaden der Selbstverwaltung. Nicht die Ärzte sind die besten, die an ihren Klassengenossen zu Verrätern, die zu Streikbrechern werden.

Gut wäre es, die Kassenärzte von dem Unmaß von Schreibarbeit zu entlasten, das ihnen aufgebürdet ist. Wenn Simulanten durchschlüpfen, so deshalb, weil der Arzt bei der Heberhäufung mit Arbeit rein höchst nicht die Möglichkeit genauer Kontrolle hat. Bei den heutigen Honorarätzen von 15, 16, 17 Pf. für die Konsultation, und 30, 40, 50 Pf. für den Besuch wird der Arzt zur Massenarbeit gedrängt, zur Schleuder- und Schluderarbeit, um existieren zu können. Dadurch aber werden die Krankenkassen ungemein belastet. Manche Woche Krankengeld könnten sie sparen, wenn die Ärzte bei anständiger Honorierung mehr Zeit auf die Untersuchung verwenden könnten. Als Standardjähre schlage ich vor: für das Land und die kleinen Städte: 3 M. pro Kopf und Jahr; für Städte von 20 000 bis 100 000 Einwohner 3,50 M. und für Städte über 100 000 Einwohner 4,50 M. Honorar. Das ist nicht zu viel; das können die deutschen Kassen leisten, die 150 Millionen Mark Vermögen aufgepart haben. Noch anders könnten die Ärzte an den Kassen interessiert werden, indem man einen gewissen Prozentsatz der Gesamt-Einnahmen für Arzthonorar und Arzneikosten auswirft und eine Art gleitender Lohnskala einführt. So würden die Ärzte ein Interesse daran gewinnen, die medikamentöse Therapie zurückdrängen und bestrebt sein, ökonomisch zu verfahren. Auch mit der Regelung dieser Frage sollte eine Kommission betraut werden. Die Kassen sollten nicht mit leichten Gründen die Ärzte entlasten oder Streit vom Stamme brechen. Auch von der Sonntagsarbeit sollten die Ärzte möglichst befreit und ihr Dienst nur in dringenden Fällen in Anspruch genommen werden. Betritt man diese Wege, so werden die Ärzte fröhliche Mitarbeiter der Kassen, social gesinnte Hygieniker werden.

Anderer liegt die Sache mit den Apothekern. Bei ihnen handelt es sich nicht um Arbeitslohn, sondern um kapitalistischen Geschäftsgewinn. Für die Vermittlung zwischen Produzenten und Konsumenten fordern sie einen übermäßigen Aufschlag. Aus der Krise, in der sich die Apotheker Ende der 70er Jahre infolge des damals herrschenden Mißbillismus in der Medizin befanden, rettete sie das Krankenkassen-Gesetz und der Arzneikörper des Proletariats, das noch ganz im Aberglauben an die medikamentöse Behandlung befangen war. (Sehr richtig!) Die Arzneikosten sind bis auf 2,51 Mark pro Kopf gestiegen, während sie früher 1,41 Mark betragen. Ein gemeiner Apothekenwucher und Schacher stellte sich ein. Der Preis der Apotheken wurde enorm in die Höhe getrieben. Es ist festzustellen worden, daß im Verlauf weniger Jahre der Preis von 90 Apotheken um 50 Proz. gestiegen ist. Das sind ungeheure Verhältnisse. Die Apotheker, die sich verschuldet haben, freieren wie die Agrarier nach Staatshilfe. Sollen denn aber die Krankenkassen diesen verunglückten Spekulanten die Möglichkeit gewähren, hohe Zinsen an die Hypothekensitzer zu zahlen? (Auf: Nein!) In einzelnen Orten gewähren die Apotheker den Kassen Rezepturrabatt und besondere Handverkaufstage. Auch hier muß die vorhin vorgeschlagene Kommission einheitliche Bestimmungen für ganz Deutschland schaffen. Die Apotheker sind nicht blöde, das haben sie auf ihrem jüngsten Verbandstage gezeigt, wo sie unverschämte die Verschwendung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Krankenkassen forderten. Hiergegen müssen wir uns energisch zur Wehr setzen. (Dravos) Viel können die Krankenkassen für die materielle Förderung der Arbeiterklasse leisten. Ueberall da müssen sie auf dem Wege sein, wo wirtschaftliche Gefahren das gesamte Volkleben bedrohen, denn jede wirtschaftliche Schädigung der Masse wirkt auf die Krankenkassen zurück. Ohne Politik zu treiben, haben sie ein vitales Interesse daran, daß die drohende Erhöhung der Lebensmittelzölle abgewendet wird, weil sie sonst selbst im Lebensnerv getroffen würden. Ich begrüße deshalb den Gedanken, Petitionen gegen die Getreidezollerhöhung abzulassen. So werden wir unserer Aufgabe gerecht, uns gegen die ausdeutereische Politik von Monopolinteressenten und einzelner Klassen zu verteidigen. (Lebhafte Beifall.)

An diesen zweistündigen Vortrag schloß sich eine längere Debatte, in der auf Beschluß der Versammlung nur Gegner einzelner Ausführungen des Referenten das Wort erhielten.

Graf-Frankfurt a. M.: Eine große Zahl weiblicher Mitglieder ist geradezu der Ruin für die Kasse. Aus Angst vor der Erhöhung der Beiträge scheiden die gesunden Betriebe aus und bilden Betriebs-Krankenkassen. Das sage ich aus der Praxis heraus. (Zustimmung.) Im Rahmen der heutigen Gesetzgebung ist es gar nicht möglich, alle Wünsche des Referenten in Bezug auf die weiblichen Mitglieder zu erfüllen. Mit Sympathie-Erklärungen ist da nichts gemacht. In Frankfurt sitzt im Vorstände ein weibliches Mitglied, aber damit allein ist nichts gethan. Wir zahlen 12-15 M. Wochenbeitrag, welche Arbeiterin kann das bezahlen? Und unser Einfluß auf die Kommune, die allein helfen könnte, ist noch sehr gering.

Ueber die Simulanten denke ich anders, wie der Referent. Welche Aufgaben müssen wir lösen! Da können wir nicht auch noch gleichzeitig eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit sein, als welche uns manche Mitglieder ansehen möchten. Da hat der Staat einzugreifen. (Lebhafte Zustimmung.) Auch in der Frage des ärztlichen Honorars ging mir der Referent zu weit. Seit wir am Ruder sind, zahlen wir statt 3 Mark 3 Mark bis 3,50 pro Kopf und Jahr. Die Ärzte sollten nicht zu viel verlangen. Wenn wir unser Budget so belasten, müssen wir die Beiträge auf 5 Proz. erhöhen, und dann springen große Betriebe ab. Uns bedroht die Konkurrenz der Betriebskassen. Die Ärzte sollen so gut wie möglich bezahlt werden, obwohl es manche nicht verdienen, die nicht Ärzte, sondern Rezepteschreiber sind. (Beifall) Redner wendet sich gegen den Vorschlag der gleitenden Lohnskala.

Ost-Leipzig empfiehlt, aus den Forderungen alles auszuscheiden, was die Einigkeit unter den Kassen stören könnte. Die Forderung der gewerkschaftlichen Organisation fällt aus dem Rahmen der Krankenversicherung heraus. (Widerpruch.) Auch die Zollfrage gehört nicht hierher. (Lebhafte Widerpruch und Zustimmung.) In der Ärztefrage hat der Referent den Standpunkt der Ärzte viel zu einseitig vertreten. Ob Kollektiv- oder Einzelvertrag mit den Ärzten vorzuziehen wäre, sei eine Lokalfrage.

Gerhardt-Wiesbaden polemisiert gegen die Ausführungen des Referenten über die freien Hilfskassen.

Kauffmann-Harburg wünscht, daß die Frage der Stellung der Krankenkassen zu den Gewerkschaften auf dem nächsten Kongress besonders behandelt wird. Redner hebt hervor, daß es auch gute Arbeitgeber unter den Kassenvorständen giebt und schlägt die Gründung einer allgemeinen Pensionskasse der Ortskrankenkassen-Beamten vor. Die freie Arztwahl habe auch ihre Schattenseiten; bestimmte Ärzte seien bei den Simulanten sehr beliebt. Redner rät, die Brotwucherfrage hier nicht zu behandeln, um Differenzen mit den Aufsichtsbehörden zu vermeiden; dies Gebiet müsse der politischen Partei vorbehalten bleiben.

Fischer-Weimar weist darauf hin, daß in manchen Orten geradezu ein Bündnis zwischen Ärzten und Apothekern bestehe, um den Kassen hohe Arzneikosten aufzubürden.

Vandenberg-Köln hält den Abschluß von Kollektivverträgen mit den Ärzten noch für verfehlt. Die Arbeiter zu hygienischen Vorträgen heranzuziehen, sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Hoppe-Berlin (Orts-Krankenkasse der Gastwirte) weist auf die Belastung seiner Kasse durch die weiblichen Mitglieder hin und empfiehlt dringend die Petition gegen den Brotwucher.

Damit schließt die Diskussion.

In seinem Schlußwort vertritt der Referent Dr. Friedeberg nochmals seinen Standpunkt in der Ärztefrage und nennt es gewissenlos, einer positiven Stellungnahme zu dem drohenden Brotwucher auszuweichen.

Es wird hierauf folgende von Dr. Friedeberg beantragte Resolution einstimmig angenommen:

Der Kongress beauftragt eine von dem Vorort, der Leipziger Orts-Krankenkasse, und der Centralkommission der Krankenkassen Berlin zu stellende Kommission von sechs Mitgliedern, die das Recht der Kooptation hat, in Beratungen über einheitliche Gestaltung der Krankenkassenstatistik und über eine möglichst einheitliche Regelung der Arzt- und Apothekerverhältnisse einzutreten. Das Resultat der Verhandlungen dieser Kommission ist in Gestalt von Diskussionsvorschlägen entweder dem Protokoll dieses Verbandstages oder als Sonderdruck den Krankenkassen zur Kenntnis zu bringen.

Angenommen wird weiter ein Antrag Prinz-Kottbus: Der Centralverband möge petitionieren, daß die Krankenkassen-Novelle den Krankenkassen die Pflege der Statistik zur Pflicht macht nach einem allgemeinen, vom Bundesrat aufzustellenden Schema. Dieses Schema ist aufzustellen nach Anhörung der Centralkommission und des Centralverbandes.

Zur Apothekerfrage waren von Berliner Kassen noch folgende Anträge gestellt, die von Cohn, Helbig und Simonowitsch-Berlin bekräftigt und nach kurzer Besprechung angenommen wurden:

1. Alle deutschen Krankenkassen (mit Ausnahme der lässlichen) werden aufgefordert, an ihre zuständigen Regierungen eine Petition zu richten, dahingehend, daß in die amtlichen Arzneitexten eine Begriffsbestimmung der Worte „Rezept“ und „Rezeptur“, wie sie in der Ländere Arzneitexte bereits enthalten ist, aufgenommen und zugleich bestimmt wird, daß nur in der Rezeptur die Sätze der Tage gefordert werden dürfen.

2. Beim Bundesrat soll angeregt werden, daß die Liste der dem freien Verkehr überlassenen Arzneimitteln eine wesentliche Erweiterung erfährt und der Verkauf sämtlicher Mittel, welche gegenwärtig bereits einzeln abgegeben werden dürfen, auch in Mischung gestattet wird.

3. Die deutschen Krankenkassen werden aufgefordert, bei der Reichsregierung zu petitionieren, daß der Vertrieb der sog. Arzneispezialitäten in Originalpackung den Droguengeschäften insoweit freigegeben wird, als diese Medikamente keine starkwirkenden Stoffe enthalten.

4. Bis zur Zulassung von Kassenapotheken bzw. bis zur Verstaatlichung der Apotheken soll eine Reichs-Arzneitaxe für die Krankenkassen aufgestellt werden. In derselben sollen auch die Vorzugspreise für Entnahme größerer Dosen vorgegeben werden.

5. Bei sämtlichen Bundesstaaten soll petitioniert werden, daß die Krankenkassen berechtigt sein sollen, 1-2 Delegierte in die Lokal-Kommission zur Herousgabe der ständigen Arzneitexten zu entsenden.

Gegen eine harte Minderheit wurde dagegen folgender Antrag der Berliner Centralkommission abgelehnt: „Durch Gesetz ist den Krankenkassen ein Rezeptur-Rabatt zu gewähren.“ Die Redner der Mehrheit hoben hervor, daß sie bei einer gesetzlichen Festlegung des Rabatts schlechter fortzukommen fürchteten, als jetzt, wo sie im freien Vertrag bis 20 Proz. Rabatt erzielt hätten.

Damit schließen die heutigen Verhandlungen.

Kommunales.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat folgenden Antrag gestellt: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke für Errichtung kleiner Wohnungen bereitzustellen und die Rebauung dieses Terrains unter den in dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 22. März d. J. festgesetzten Bedingungen schnellmöglichst in die Wege zu leiten.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr, Versammlung des Wahlvereins in den Annaballen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Schriftstellers Georg Bernhard über: Krisis und Krach in Deutschland. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Mummelsburg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Schumann, Neue Prinz-Albertstr. 70/71, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht. U. a. hält Genosse Dr. Steiner einen Vortrag über: Den Ursprung des Menschen. Der Vorstand.

Karlshorst. Die Versammlung heute Mittwoch im Lokal „Zur Waldschenke“ von Kupich, in welcher Rosenow spricht, findet bestimmt statt. Unser Wegner sprengen das Gerücht aus, die Versammlung darf nicht stattfinden. Guten Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

Tokales.

Im „Hof“ für Obdachlose.

Im städtischen Obdach hat sich am Montagabend, wie wir am Dienstag früh bereits kurz mitgeteilt haben, ein Aufruhr ereignet, von dem Keiner der Obdachlosen behaupten, daß er für sie gar nichts Ueberraschendes habe. Die Veröffentlichung des „Vorwärts“ über die Zustände in der Familienabteilung des Obdach sowie Gerüchte über gewisse Vorkommnisse in der Abteilung für nächtlich Obdachlose haben bei einigen unserer Parteigenossen den Wunsch erregt, die Anstalt einmal in der Nacht zu besuchen, um so die Behandlung der Obdachlosen aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Die Genossen Stadtr. Adolf Hoffmann und Cigarrenhändler Christian Schulz machten den Gedanken rasch entschlossen zur Tat und begaben sich am Montagabend unter der Maske von Obdachlosen nach der Fröbelstraße hinaus. Nachdem sie unerkannt in das Obdach hineingelangt waren und die übrigen Formalitäten über sich hatten ergehen lassen, wurden sie mit einer Gruppe Obdachloser nach Saal 2 geleitet. Beim Betreten des Saales wurden alle aufgefordert, sich auszuleiden und ein Bad zu nehmen. Die Obdachlosen weigerten sich indes, die Kleider abzulegen: einmal deshalb, weil in dem Saal trotz der Herbstkälte die Fenster geöffnet waren und von ihnen nicht geschlossen werden konnten, und zweitens deshalb, weil sie bei der vorgerückten Zeit durch das Bad um ihr Abendessen gekommen wären. Hoffmann und Schulz hatten zwar die Absicht gehabt, zu baden und sogar ihre Kleider dem Desinfektionsapparat übergeben zu lassen; denn sie wollten ja alles, was den Obdachlosen in der städtischen Anstalt geboten wird, am eignen Leibe erfahren. Angesichts der Weigerung der Obdachlosen fürchteten sie aber, die Aufmerksamkeit der anderen auf sich zu lenken und vielleicht vorzeitig erkannt zu werden, wenn sie als die Einzigen im ganzen Saale sich zum Baden bereit machten. Sie zogen es daher vor, zunächst gleichfalls angekleidet zu bleiben und die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten. Nach etwa 10 Minuten trat einer der sogenannten Hausdiener, die in der Anstalt beschäftigt werden, in den Saal. Als er sah, daß noch niemand die Kleider abgelegt hatte, hieb er ohne weiteres auf einen Mann ein, der sich erwiderte auf eine der noch zusammengeklappten Britischen gelehnt hatte. Sodann gab er unserem Genossen Schulz, der ihm zunächst stand, einen Stoß, daß Sch. der Länge nach hinfiel und mit dem Gesicht auf den Kopf aufschlug. In demselben Augenblick führten mehrere Hausdiener, Kalfaktoren usw. in den Saal, packten einzelne Obdachlose, von denen hierbei keiner Widerstand leistete, und schleppten sie hinaus, um ihre Namen feststellen zu lassen oder sie aus dem Obdach zu werfen. Auch Hoffmann und Schulz wurden gepackt und dabei gestochen und geknufft. Genosse Hoffmann erklärte, er sei ja bereit zu baden und auch seine Kleider ausbrengen zu lassen, aber man schlug rücksichtslos auf ihn ein. Als H. schließlich ausrief: „Ich verlange zum Inspektor geführt zu werden!“ sagte einer der Schläger: „Denen werden wir den Inspektor mal zeigen!“ Er trieb diejenigen Obdachlosen, die noch im Saale waren, aber sich inzwischen rasch entkleidet hatten, hinaus, und H. und Sch. wurden nun von den Hausdienern usw. von allen Seiten gestochen und geschlagen. Sie wurden auf den Flur hinausgedrängt und gegen einen Pfeiler gedrückt, so daß H. zusammenfiel und S. über ihn fiel. Als H. sich wieder auferhoben hatte, rief er aus: „Nun wird's mir aber zu arg! Ich bin der Stadtverordnete Hoffmann!“ Die Anstaltsangestellten stritten zunächst und ließen von beiden ab. Dann aber überschütteten sie Hoffmann mit unflätigen Schimpfwörtern und verlangten Feststellung seines Namens durch die Polizei. Die Feststellung, bei deren Vornahme die Polizei sich durchaus taktvoll benahm, erfolgte prompt. Dagegen konnten die Schläger zunächst nicht ermittelt werden, weil sie sich schleunigst unsichtbar gemacht hatten. Unsere Genossen wechselten nun auf dem Polizeibureau die Garderobe, nachdem ihre bei einem Parteigenossen in der Marienburgerstraße niedergelegten besseren Kleider herbeigeschafft worden waren, und kehrten noch in der Nacht in die Anstalt zurück, um von dem jetzt anwesenden Inspektor die Feststellung der Schläger zu fordern. Diese konnte nur in zwei Fällen erfolgen. Man hatte übrigens die Geduld, durchblicken zu lassen, daß unser Genosse Hoffmann die Obdachlosen aufgewiegelt habe; es sei wenigstens noch nie vorgekommen, daß sich gleich ein ganzer Saal geweigert habe, zu baden. Diese Verdächtigung zerfällt ohne weiteres vor der Thatfache, daß Hoffmann und Schulz in der Absicht gekommen waren, zu beobachten, daß sie also gerade darauf bedacht sein mußten, sich durch nichts auffällig zu machen und gegebenenfalls alles über sich ergehen zu lassen. Unsere Genossen bedauern selber am meisten, daß ihr Plan, bis zum andern Morgen in der Anstalt zu verweilen, vereitelt worden ist.

Wir sind bemüht gewesen, bei unserer Darstellung des ganzen Vorfalles, die im Gegensatz zu der von magistratsamtlicher Seite verbreiteten Darstellung die allein richtige ist, in völlig leidenschaftsloser Tone zu berichten, obwohl es uns schwer geworden ist, unsere Erregung über diese empörende Behandlung Behälter niederzukämpfen. Genosse Hoffmann hat selbstverständlich den Thatbestand sofort dem Stadtrat Mamroth, dem Vorsitzenden der Obdachverwaltung, unterbreitet. Es wird sich nun zeigen, ob es nun endlich anders im städtischen Obdach werden wird, nachdem die Klagen der Obdachlosen so lange ungehört verhallt sind. Stadtrat Mamroth hat unsern Genossen Hoffmann sofortige Untersuchung und rücksichtslos strenges Vorgehen gegen die Schuldigen versprochen. Mit der Zeitung des Obdach, die als mitschuldig zu erachten ist, wird noch an anderer Stelle abgerechnet werden.

Ein Mangel unsrer städtischen Desinfektionsanstalt besteht darin, daß sie sich nicht darauf einläßt, Kleidungsstücke von Ungeziefer zu reinigen. Im Publikum ist ziemlich allgemein die Ansicht verbreitet, daß die Anstalt den mit Ungeziefer Befallenen diesen Liebesdienst erweist. Aber die Anstalt lehnt, wenn sie hierzu in Anspruch genommen werden soll, jede Hilfe ab und beruft sich darauf, daß sie nur zur Desinfektion von Kleidern, Betten, Möbeln usw. in Krankheitsfällen dienen soll. Daran können sich unter Umständen recht bedauerliche Konsequenzen ergeben. Ein Fall dieser Art ist am letzten Sonnabend einem hiesigen Gewerbetreibenden passiert. Nach seiner Darstellung nahm er ein Dienstmädchen aus dem am Stadtbahnhof „Görke“ gelegenen Mädchenheim. Nachdem das Mädchen den Dienst angetreten hatte, machte er sehr bald die unangenehme Entdeckung, daß er eine stark mit Ungeziefer besetzte Person zu sich ins Haus genommen hatte. Er wollte sie trotzdem behalten, da sie sich geschicklich und fleißig zeigte, aber begreiflicherweise wünschte er, zuvor die Sachen des Mädchens auf eigene Kosten von Ungeziefer befreien zu lassen. Er wandte sich an die Desinfektionsanstalt in der Reichenbergerstraße, erhielt aber den Bescheid: „Wir desinfizieren nur in Krankheitsfällen.“ Die kleine Desinfektionsanstalt im städtischen Obdach gab die Antwort: „Diese Anstalt ist nicht zur Benutzung für das Publikum da.“ (Sobiel wir wissen, gewährt sie aber den Schulkindern, die ihr wegen Unreinlichkeit oder Ungeziefer vom

Leiter der Schule abertwieben werden, kostenfrei ein Bad sowie Reinigung ihrer Kleidung.) Der Mann erklärte nun, unter solchen Umständen werde er das Mädchen wieder gehen lassen müssen, so leid ihm das thue.

Es mag sein, daß diese Kaufgeschäfte manchem mehr komisch als tragisch erscheinen, aber sie kann für das Mädchen, das bei fortwährender Durchziehung ihrer Kleider mit Ungeziefer schließlich auch in keinem Mädchenheim mehr Aufnahme finden wird, leicht den Anfang zu einer Laufbahn bilden, die rasch abwärts führt. Vielleicht begegnet man der Bedauernswerten eines Tages im Obdach. Hier wird man ihr dann allerdings die Kleider endlich vom Ungeziefer reinigen, aber es ist möglich, daß sie dann den Weg zu einer geordneten Lebensweise nicht mehr zurückfindet.

Die Stadtverordneten-Versammlung hält Donnerstag-nachmittag 5 Uhr im Rathaus eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung u. a. folgende Gegenstände stehen:

Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbefohlenen Gemeindebeamten. — Wahl je eines Mitgliedes in die Arbeitshausverwaltung, in die Baudeputation, in das Kuratorium der Handwerker Schulen und der Vaugewerkschule, in die Deputation für Kunstzwecke, in das Kuratorium für das Turn- und Badewesen, in das Kuratorium der Wilhelm Vorhert-Stiftung, in das Kuratorium des Friedrichs-Gewerbe-Stipendiums, in die Grundeigentums-Deputation, sowie in das Kuratorium für den Central-Viehhof und die Fleischhaus-Kemter. — Vorlage, betreffend den Einfluß der Krankenhausverfugung auf das Wahrecht. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Einräumung des Rechts für diejenigen, den Unterstufungswohnort in Berlin besitzenden Personen, im Falle einer Anstaltsverlegung, die unentgeltliche Aufnahme in einem städtischen Krankenhaus zu verlangen. — Vorlagen betreffend den Ankauf von Grundstücksparzellen an der Obersee im Gemeindebezirk Stralau zu Gasanstaltszwecken, — die Herstellung eines provisorischen Anbaues an die Kinder-Verkaufshalle auf dem städtischen Vieh- und Schlachthof, — Gewährung einer Jahresbeihilfe zur Erweiterung der staatlichen Versuch- und Prüfungsanstalt, für die Zwecke der Wasser- und Abwasserreinigung, — die Jahresabschlüsse des Verwaltungsfonds der Sparkasse nebst Anhängen, des Viehmarkts, des Schlachthofs, der Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch und der Wasserwerke für 1900, — die Nachberichtigung von Mitteln zur Beschaffung der für den Neubau der 2. Handwerker Schule erforderlichen Utensilien, — die Rückweisung der Klammern zur öffentlichen Beleuchtung, der Gasproduktion und des Gasverbrauches für das Vierteljahr April-Juni 1901, — ein mit der Großen Berliner Straßenbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn getroffenes Abkommen wegen Einstellung des Accumulatorenbetriebes und Ertrag desselben durch Betrieb mittels ober- und unterirdischer Stromzuführung — und die landwirtschaftliche Verwaltung der neu erworbenen Ländereien im Verwaltungsbezirk Falkenberg, — die Verleihung des Prädikats „Stadtältester“ an einen aus dem Amt geschiedenen unbefohlenen Stadtrat und Vornahme der Neuwahl eines solchen. — Berichterstatter betreffend die Wahl je eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes der Ober-Verwaltungskommission und der Ertragkommission II. Außerdem findet in dieser Sitzung, und zwar um 8 Uhr, die Wahl des zweiten Bürgermeisters statt.

Hausgarages. Nicht weniger als 1656 000 M. hat der Berliner Magistrat in der kurzen Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1901 auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen für die Erwerbung von Straßenland zahlen müssen: Für 1113 Quadratmeter Vorland zur Verbreiterung der Wallstraße bei den Grundstücken Nr. 90/91 wurde die Entschädigung allein auf 975 655 M. festgelegt. Wegen dieser Festsetzung ist aber von beiden Parteien, dem Magistrat und den Eigentümern Klage erhoben worden und schwebt dieser Prozeß noch, weil die Besitzer die Abnahme des ganzen Grundstückes verlangen. Für die Durchziehung der Bernauerstraße nach der Gartenstraße (Stettiner Bahnhof) mußten fünf Grundstücke und zwar Gartenstraße 36, 37 und 38 sowie die Bergstr. 42a und 43 angekauft werden, wofür wieder einschließlich der Hypotheken 68 655 Mark gezahlt werden mußten, nachdem alle Verhandlungen fruchtlos waren.

Mit den Bestrebungen der Milchzentrale, die am 1. Oktober in Wirksamkeit treten soll, beschäftigte sich am Montag eine Versammlung des fortschrittlichen Vereins der Luisenstadt im Oranienhofen. Der Referent, Landtags-Abgeordneter Goldschmidt, forderete zur Abwehrthätigkeit gegen die drohende Verkeimerung der Milch auf die Vornehmlich in der Unterstadt der Milchhändler Berlin bestehen müsse. Selbst auf die Gefahr hin, daß die Milch eine kurze Zeit hindurch knapp sein sollte, dürften sich die Bürger Berlins nicht abhalten lassen, nur von den Händlern Milch zu beziehen und die Centrale zu boykottieren. Die Versammlung beschloß in einer Resolution, die Interessen der Milchhändler zu unterstützen und die anderen Bezugsvereine Berlins zu gleichem Vorgehen anzuregen.

Die Heilstätte des Roten Kreuzes am Grabowsee, die durch Fertigstellung eines neuen, großen Krankenpavillons wiederum erheblich erweitert worden ist, kann zur Zeit in zwei getrennten, von je einem Oberarzte geleiteten Stationen 150 Lungenkranke aufnehmen. Unter Leitung des Befarhten Dr. Schloeking wurden in letzter Zeit nach den verschiedensten Richtungen Neu-Einrichtungen und Verbesserungen getroffen. Infolge des günstigen Umstandes, daß die Anstalt nicht aus einem großen Hauptgebäude, sondern aus vier, im Walde getrennt liegenden Krankenpavillons, die von einer größeren Anzahl von Liegehallen umgeben sind, besteht, läßt sich die wünschenswerte Gruppierung der Pflanzlinge in bester Weise durchführen. Insbesondere ist neuerdings durch Einrichtung eines besondern Aufnahme-pavillons, wo die Diagnose, ob Tuberkulose vorliegt oder nicht, in zweifelhaften Fällen auch unter Anwendung der Tuberkulinprobe, gesichert werden kann, die Auslese der Kranken erleichtert worden; nicht für das Heilverfahren Geeignete treten gar nicht erst endgültig in die Anstalt ein. Die Pflanzlinge sind überwiegend Versicherte der Landesversicherungs-Anstalten Berlin und Brandenburg.

Schwindelaktionen. Einer gewissen Art von Zwangsversteigerungen widmet die Kriminalpolizei ihre besondere Aufmerksamkeit infolge zahlreicher Weisungen und Anzeigen, die bei der Polizeibehörde eingelaufen sind. Es handelte sich um die zwangsweise Versteigerung von Schwindelwaren, die vorwiegend in der Cigarren-, Wein- und Cognacbranche vorgekommen werden. Ein vorgeschobener Schuldner, der sich im Besitz derartiger Weine und Cigarren befindet, erhält von dem mit ihm unter einer Dede stehenden Gläubiger einen Zahlungsbefehl, welcher, da Widerspruch nicht erhoben, ohne weiteres vollstreckbar gemacht wird. Auf Grund dieses Zahlungsbefehles findet dann nach Angabe des Gläubigers die Pfändung der zweifelhaften Waren statt, die dann bei der Zwangsversteigerung verhältnismäßig hohe Preise erzielen. Da die Gegenstände extra für die Auktionen herbeigeführt sind, so ist der Käufer stets der berechnungsfähige. In ähnlicher Weise werden auch minderwertige Pferde, Landesprodukte und Materialwaren an den Mann gebracht.

Man sollte denken, daß das Berliner Publikum nach all den bösen Erfahrungen, die es auf Auktionen hat machen müssen, endlich dahin käme, jenen Versteigerungen fernzubleiben, die namentlich in den Hauptstrahlen abgehalten werden und für jedermann auf den ersten Blick als infame Gaunereien kenntlich sein sollten.

Tränen-Schulze ist gestorben. Der Prediger Dr. G. W. Schulze ist als Berliner Original wohl jedem unser Leser im Gedächtnis, wenn auch nur selten einer ihn aus Regierde in seiner Jesuskirche in der Wassertorstraße 37 aufgesucht haben wird. Er unterstand nicht dem Konfitorium und war kein offizieller Geistlicher; seine Predigten soll er, wie berichtet wird, auf Grund des Vereinsgesetzes abgehalten haben. Da er nicht mit der offiziellen Kontrolle zu rechnen hatte, so konnte er in seiner Art frei von der Reber weg reden; die Art seiner Erbauung soll die ganze Tonleiter

vom derben Humor bis zur bedenklichsten Mäßigkeit umfaßt haben. Einen eigenartigen Auf genos Herr Schulze noch dadurch, daß er mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, mehrfach öffentlich für die Interessen der Hausgartner Partei nahm.

Das große Los der preussischen Klassenlotterie im Betrage von 500 000 Mark war in der vierten Klasse in der 204. Ziehung einem Großgrundbesitzer aus Ausland zugesallen. Dieser glückliche Gewinner ist aber nirgends aufzufinden gewesen. Da der Anspruch auf einen Gewinn in der preussischen Klassenlotterie am 90. Tage nach Schluß der Ziehung erlischt, so war diesmal am 18. August der Tag abgelaufen, an dem Gewinne ausbezahlt werden. Der Gewinn von 500 000 M. fällt in die Lotterielasse zurück.

Kindesmord? Am Sonntagvormittag erkrankte plötzlich das 21 Jahre alte Dienstmädchen Franziska Malinowski, das seit dem 1. Oktober 1899 bei dem Kaufmann Treuherz in der Kochstr. 50/51 als Hausmädchen in Stellung war. Auf ihren Wunsch wählte der Hausarzt, der sie in ein Krankenhaus wollte bringen lassen, ein, daß sie zu ihrer Tante nach Moabit führe, um sich dort pflegen zu lassen. Auf dem Wege dorthin gestand sie, als sich ihr Zustand verschlimmerte, der Köchin, die sie in der Drochle begleitete, daß sie ein Kind geboren und in einem Eimer in der Kinderstube zurückgelassen habe. Die Köchin brachte sie darauf nach dem Moabiter Krankenhaus und teilte das Gebändnis der Herrschaft mit. Auf deren Anzeige erschien die Kriminalpolizei in der Wohnung und fand die Angaben des Mädchens bestätigt. Sie ließ die kleine Leiche nach dem Schauhaus bringen. Ihre Nachforschungen danach, ob das Kind gelebt hat und eines gewaltsamen Todes gestorben, sind noch nicht abgeschlossen.

In der gestrigen Mitteilung über das Ereignis an der Unfallstationen XVIII erhalten wir vom Kuratorium der Unfallstationen eine Darstellung, nach der die Angekligten den Kranken nur anderhalb Minuten hatten warten lassen. Der Schuttmann selber sei über das Vorgehen des Berichterstatters, der die Angelegenheit wahrscheinlich in die Öffentlichkeit gebracht habe, „ganz entrüstet“ gewesen.

Zwei reisende Taschendiebe wurden gestern Abend in der Leipzigerstraße dingfest gemacht. Eine Kriminalpatrouille sah zwei sehr gelleidete Männer sich verdächtig auf dem Bürgersteige bewegen. Der eine, ein kleiner untersehter Mensch, ging immer in das dichteste Gedränge hinein, während der andre ihn deckte. Nach längerer Beobachtung haben die Beamten, daß der kleinere Mann einer Leiche das Portemonnaie aus der Tasche stibitzte, und nahmen ihn fest. Zugleich packte ein anderer Beamter den zweiten Spitzbuben. Auf dem Wege zur Wache verhielt in der Kommandantenstraße einer der Polizeigenossen dem Kriminalbeamten, der ihn hielt, unterdessen einen Stoß vor die Brust, riß sich los und lief davon. Zwei Unteroffiziere aber, die ihm begegneten, hielten ihn an und hielten ihn nach der Wache zu bringen. Hier legten sich die Verhafteten falsche Namen bei. Da sie aber schon gemessen und fotografiert waren, so stellte man sie durch den Erkennungsdiens bald als die schon mehrfach bestraften reisenden Taschendiebe Schlächter Richard Fendede aus Breslau und Aramapin aus Galizien fest, die sich einmal in Köpenick lernten und seitdem gemeinsam arbeiteten. Der Galizier war der, der zu entkommen suchte; er wird von andern Behörden noch gesucht. Nach einem Gepäckcheck fand man auf einem hiesigen Bahnhof einen E. v. G. gezeichneten Koffer mit Damenkleidungsstücken und Andenken aus dem Riesengebirge. Vielleicht haben sie auf der Reise noch mehr derartige Diebstähle verübt. In ihren Taschen fand man noch fünf Portemonnaies, deren Eigentümerinnen nicht bekannt sind.

Ein im Zoologischen Garten angeblich begangenes Unrechtsvergehen beschäftigt augenblicklich den Untersuchungsrichter der 1. Garde-Infanteriedivision. Vor einigen Wochen fand ein „Konstre-Konzert“ im Zoologischen Garten statt, an welchem auch die Regimentskapellen des 2. Garde-Infanterieregiments, des Kaiser Franz Garde-Grenadier- und Königin Elisabeth-Regiments, sowie zwei Kavalleriekapellen mitwirkten. Nach der großen Pause kamen zwei achtjährige Mädchen weinend zu ihren in der Nähe des Restaurants sitzenden Eltern und erzählten, daß ein Militärmusiker sie unter dem Vorwand, ihnen das Konzertpodium zu zeigen, sie nach dem um diese Zeit, abends 7 Uhr, leeren Saal geleckt und sie dort unzüchlich berührt habe. Als sie um Hilfe schrien, sei der Thäter fortgelaufen. Da von der sofort benachrichtigten Kriminalpolizei festgestellt wurde, daß thätfächlich während der angegebenen Zeit ein Militärmusiker sich dort aufgehalten, so fiel der Verdacht auf ein Mitglied der Kapelle des 2. Garde-Regiments; doch konnte der Beschuldigte kein Alibi nachweisen. Es finden augenblicklich Massenvorhöre vor dem Untersuchungsrichter der 1. Garde-Infanteriedivision statt. Jeder einzelne Militärmusiker der oben genannten 3 Infanterie-Kapellen wird mit den beiden kleinen Mädchen konfrontiert, bisher jedoch ohne Erfolg. In den beteiligten Kreisen giebt man sich demnach große Mühe, den ungewissen Thäter zu ermitteln und zu überführen.

Eine Dienboten-Versammlung findet heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Friedrichstadt-Kasino, Friedrichstr. 233 statt. Tagesordnung: „Dienbotennot und Not der Dienboten.“ Ref.: Herr v. Gerlach. Danach freie Ansprache.

Aus den Nachbarorten.

Gegen die Eingemeindung in Charlottenburg erklärte sich Montagabend eine vom Haus- und Grundbesitzerverein in Wilmerdorf einberufene Versammlung in folgender Resolution: „Die heute vom Haus- und Grundbesitzerverein zu Deutsch-Wilmersdorf einberufene öffentliche Versammlung erhebt auf das nachdrücklichste Einspruch gegen die beabsichtigte Eingemeindung von Deutsch-Wilmersdorf in Charlottenburg, weil durch Ausführung dieses Planes die Interessen aller Einwohner ohne Ausnahme auf das empfindlichste geschädigt würden und die Zukunft nur in der Selbstständigkeit der Gemeinde gesichert ist. Eine Verbesserung der in der Gemeinde vorhandenen Uebelstände ist nur durch eine Verneuerung der Zahl der Gemeindeverordneten auf die höchst zulässige Zahl zu erlangen.“ Wir glauben, daß die Arbeiterschaft des Ortes diese Resolution mit stiller Befassenheit betrachten kann und keinerlei Ursache hat, in dem Plane der Einverleibung etwas Schreckliches zu sehen.

Stetig. Die Gemeindevertretung wählte in ihrer letzten Sitzung zunächst eine Kommission zur Vorbereitung der Wahl eines Gemeinde-Vorsichters. Es sind 76 Bewerbungen zu diesem Posten eingelaufen. — Gelegentlich der Abnahme der Jahresrechnung über die Neubauten auf Klein-Zichen gab Genosse Rapp seiner Freude darüber Ausdruck, daß endlich für die dort beschäftigten Arbeiter menschenwürdige Wohnungen geschaffen seien und lämpfte hieran den Wunsch, daß auch für die Saisonarbeiter in gleicher Weise gesorgt werde; diese wären jetzt in Hütten untergebracht, welche schlechter seien als die Ställe. Gemeindevorsteher-Stellvertreter M. a. d. e. erwiderte, man könne nicht alles auf einmal erreichen; er hätte zwar das betreffende Haus noch nicht besichtigt, jedoch sei anzunehmen, daß es den gesetzlichen Vorschriften entspreche; im übrigen seien die Ansprüche, welche man auf dem Lande an die Wohnungen stelle, sehr gering. — Ferner teilte der Gemeindevorstand mit, daß die Zahlung der von der Kirchengemeinde im Prozeßwege erstrittenen Schuld im Betrage von 316 000 M. nunmehr erfolgt sei. Der Vorstand beantragte, 168 000 M. zur Tilgung der 1890 aufgenommenen Inhaberkonkurrenz zu verwenden und den Rest von 148 000 M. zur weiteren Verfügung zinsbar anzulegen. Der Antrag wird angenommen. — In die Kommission zur Beratung des Statuts für das am 1. Januar 1902 zu errichtende Gewerbegericht wurde auch Genosse Rapp gewählt. Die Kommission hat das Recht, Personen aus den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ihren Sitzungen hinzuzuziehen.

Die Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung hatte sich am Montag mit Geldbewilligungen zu beschäftigen, die, meistens ohne Debatte, durch Annahme ihre Erledigung fanden. Da wurden z. B. zur Wiederherstellung der zu Schulzwecken ge-

